

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Telefon: Amt Norden, 5246. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkendits, Augustastraße 8. — Redaktionschluss: Montag.

Insertion. Für die vergessene Festschrift oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verzeichnisse 15 Pfg. pro Zeile. Betragen nach Vereinbarung.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Vom Recht der Tarifverträge. Rundschau. Genossenschaftliche Monatsschau. Die deutschen Gewerkschaften auf der Internationalen Baufachausstellung, III. Einführung in das historische Denken. — **Allgemeines;** Kassenbericht über das IV. Quartal 1912. Zur Generalversammlung X, XI. Gautag in Brandenburg a. H. Gautag in Mainz. — **Die photomech. Fächer:** Schleifstein. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

An die Mitgliedschaftsvorstände.

Die Karten zur Feststellung der Arbeitslosigkeit für das Reichsstatistische Amt sind verschickt. Wir bitten, diese Karten bestimmt bis zum 10. Juli an uns beantwortet zurückzuschicken. Spätere Meldungen sind zwecklos. Wir bitten also bestimmt um pünktliche Einsendung, spätestens bis zum 10. Juli. Der Hauptvorstand.

Streik in Petersburg.

Die Lithographen, Steindrucker und Schachtelmacher der Firmen Kibbel, Wefers und Schwarz stehen im Streik. Die Zahl der Streikenden beträgt 1200. Die Firmen versuchen, Streikbrecher in Deutschland anzuwerben. Alle Kollegen müssen bemüht sein, ihnen dieses Handwerk zu legen.

Steindrucker, Achtung!

Belgien. In der Firma Buelens Charles, Brüssel, 75, rue de Terre Neuve, ist ein Streik ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Organisationsleitung.

Vom Recht der Tarifverträge.

Tarif- oder Arbeitsverträge werden in immer mehr steigendem Umfange im gewerblichen Leben von den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer abgeschlossen. Über die rechtlichen Wirkungen der Tarifverträge sind aber weite Kreise nur mangelhaft unterrichtet. Das liegt natürlich nicht im Interesse der Arbeiterbewegung und auch nicht im Interesse des einzelnen Arbeiters. Das Gesetz ist starr und es will nur schlecht »von Ort zu Ort« rücken, während sich die Dinge im Arbeitsverhältnis entsprechend den Fortschritten der Technik ständig ummodellieren. Für die bestehenden Gesetze ist der Gruppen- oder Arbeitsnormentarifvertrag etwas Unerhörtes, etwas Funkelnagelneues und — natürlich! — auch etwas Verdächtigtes, Rebellsches. Unentwegt verkündet der § 105 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich:

»Die Festsetzung der Verhältnisse zwischen den selbständigen Gewerbetreibenden und den gewerblichen Arbeitern ist, vorbehaltlich der durch Reichsgesetz begründeten Beschränkungen, Gegenstand freier Übereinkunft!«

Mit der Willensfreiheit ist es ja schon an sich ein eigen Ding. Der Wille des Einzelnen wird bestimmt durch die Auffassung, die ihm eine begrenzte Umwelt vermittelt. Aber in Wirklichkeit ist doch der an keinen Verband »gebundene« Einzelne weit weniger frei, wie der Organisierte in der und durch die Organisation. Grundfalsch ist das Schillerwort aus dem Teil:

»Der Starke ist am mächtigsten allein!« Indessen: haben auch die Gewerbegebiete, an denen Arbeiter bei der Urteilsfindung mitwirken, bei Einzelstreitigkeiten über die aus dem Tarifvertrag folgenden Rechte zu befinden, so kommt doch in Betracht, daß die meist juristischen Vorsitzenden dieser Gerichte vielfach als Formleute auf das Wort schwören. Die Vorsitzenden aber bilden meist bei den Abstimmungen das Zünglein an der Wage. So gelten denn heute in der Rechtsprechung die Tarifverträge überwiegend als »abdingbar«, das heißt, wenn dem Tarif widersprechende Arbeitsbedingungen »vereinbart« werden, so ist dies rechtlich zulässig. Die Arbeiter verstehen es nur schwer, daß es zulässig sein soll, wenn die Unternehmer erst felerlich in den Vertrag setzen, daß andere als im Tarif festgelegte Bedingungen nicht eingegangen werden dürfen und wenn sie dann — meist in Zeiten schlechten Geschäftsganges — doch den Tariflohn abdingen und weniger zahlen. Zwar verlangt der § 157 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß Verträge so auszuiegen sind, »wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern«, aber auch dies ist dem Arbeiter kein Schutz, wenn er vor dem Gewerbegericht auf Ungültigkeitserklärung der »Abdingung« klagt. Wer sich vor Schaden schützen will, darf auch in ungünstigen Zeiten keine Arbeitsverträge mit ungünstigeren Bedingungen als sie der Tarif vorsieht, eingehen. Einige Gewerbegebiete haben darauf verwiesen, daß ja die Organisation von dem anderen Vertragsverband im Klagewege die Einhaltung des Tarifvertrages fordern könne, aber dieses »Recht« liegt meist »in Gottes Hand«. Es käme auf den Machtkampf hinaus, der doch gerade durch den Abschluß von Tarifen für eine bestimmte Zeit möglichst ausgeschaltet werden soll. Und die Unternehmer können den Tarif im allgemeinen überhaupt nur dann mit einzelnen Arbeitern abdingen, wenn sie die »Günst« der wirtschaftlichen Zeiten für sich haben, wenn also diese für das Volk ungünstig sind. Was soll da das angebotene »Recht«?

Wie aber, wenn »nichts vereinbart« ist? Gilt dann der Tarifvertrag unbedingt und allgemein? Nein, auch dann noch nicht. In Frage kommt dann, wie der Tarifvertrag im Gewerbe des Bezirks eingeführt ist und ob nicht allgemeiner übliche Gebräuche ihm »entgegenstehen«. Das kann der Fall sein bezüglich der Lohnhöhe, der Kündigungsfrist oder auch bezüglich anderer Bestimmungen. »Einwandfrei« wird die Sache in der Regel dann befunden, wenn beide streitenden Parteien den Verbänden angehören, die den Tarifvertrag abgeschlossen. Ist der Tarif allgemein durchgeführt, so gelten seine Bestimmungen auch für die Außenseiter. Hat aber ein Tarifvertrag die Kündigungsfrist ausgeschlossen, so kann in solchen Fällen ein nicht organisierter Arbeiter bei fristloser Entlassung in keinem Falle für 14 Tage Entschädigung fordern und sich dabei auf die Gewerbeordnung stützen.

Da in den Tarifverträgen vielfach eine kurze Kündigungsfrist festgelegt wird, ist es ange-

bracht, darauf zu verweisen, daß in der Rechtsprechung der Gewerbegebiete der Arbeitstag als Einheit angesehen wird. Auch wo es heißt, daß eine Kündigungsfrist ausgeschlossen ist, kann diese doch nur am Abend des betreffenden Werktags erfolgen; es sei denn, daß es ausdrücklich heißt, das Arbeitsverhältnis könne zu jeder Stunde gelöst werden. Bei einer Kündigungsfrist von einem Tag läuft die Frist also am Abend des auf den Kündigungstag folgenden Tages ab. Ist die Kündigungsfrist ausgeschlossen, so muß dem Unternehmer entsprechendesfalls eine angemessene Frist zur Ausfertigung der Arbeitspapiere gelassen werden.

In Tarifverträgen findet man auch wohl die Bestimmung, daß der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches keine Anwendung finden solle. Dieser Paragraph bestimmt, daß der Arbeiter doch Lohn beanspruchen kann, wenn er durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden für nicht erhebliche Zeit an der Dienstleistung verhindert ist. Dieser allgemeine Ausschuß des § 616 ist aber rechtlich unwirksam, soweit er dem Lohnbeschlagnahmegesetz entgegen steht. Soweit der Jahreslohn unter 1500 Mark bleibt, kann ein Arbeiter gar nicht rechtlich bindend vorweg auf einen künftigen Lohnanteil verzichten. Soweit nach dem § 1 des Lohnbeschlagnahmegesetzes der Lohn nicht gepfändet werden kann, ist nach § 2 »auch jede Verfügung durch Kassation, Anweisung, Verpfändung oder durch ein anderes Rechtsgeschäft ohne rechtliche Wirkung«. Der in Frage kommende Lohn kann also in solchen Fällen trotz Verzicht eingeklagt werden.

Natürlich müssen sich die Arbeiter auch dagegen wenden, wenn die Unternehmer den Tariflohn ohne weiteres zum Durchschnitts- oder gar zum Höchstlohn machen wollen. Im allgemeinen ist der Tarif eine Norm nach unten. Wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse entsprechend sind, kann der Arbeiter bei gegebenen Leistungen selbstverständlich auch unter dem Tarifvertrag einen höheren wie den Tariflohn verlangen. Und der Unternehmer wird ihn auch zahlen, wenn er nach Lage des Arbeitsmarktes befürchtet, daß ihm der geschätzte Arbeiter sonst wegläuft.

Daß das Recht der Tarifverträge heute so unsicher ist, ist gewiß zum Schaden der Arbeiter. Doch fragt es sich, was heute herauskommen würde, wenn die herrschenden Gewalten ein »Arbeitsrecht«, das auch die Tarifverträge würdigte, schaffen würden. Aller Wahrscheinlichkeit nach nichts Gutes für die Arbeiter. Darum ist es für die Arbeiter vorderhand besser, nach zwei Seiten hin sich im Besitze und damit auch im Recht zu stärken: Sie müssen die Macht der Gewerkschaften stärken, um dadurch die Tarife immer mehr zu Gunsten der schaffenden Arbeit und zu Ungunsten des rentenzehrenden Kapitals ausgestalten zu können. Und die Arbeiter müssen weiter die politischen Kräfte stärken, die auf der Seite der schaffenden Arbeit stehen.

wh.

Rundschau.

Ein Unternehmer als Streiksünder auf der Anklagebank. In Erfurt hatte sich eine Anzahl Malermeister nicht dem Aussperrensbeschlusse der Zwangsinnung gefügt, weil sie es vorzogen, den bescheidenen Wünschen der Gehilfen entgegenzukommen, anstatt aus einem gewissen Kraftgefühl heraus einen wirtschaftlichen Kampf heraufzubeschwören. Das erregte den Zorn der Scharfmacher im Malergewerbe. Sie veranlaßten, daß die Innung gegen die widerhaarigen Meister Strafverfügungen von je 20 Mark ergehen ließ. Diese führten gegen die ungesetzliche Maßnahme der Innung Beschwerde beim Magistrat und protestierten in einer Versammlung gegen den Terrorismus der Innung. Der Malermeister Albert Haber hatte auf der Straße zu einem Lehrling des Malermeisters Eduard Müller, der seine Gesellen nicht ausgesperrt hatte, gesagt, Müller sei ein Streikbrecher. Haber wurde darum vom Schöffengericht wegen Beleidigung zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Amtsanwalt hatte 100 Mk. Geldstrafe beantragt mit der Begründung, daß das Wort Streikbrecher eine schwere Beleidigung sei. Hierbei sei erwähnt, daß vor einigen Monaten die Erfurter Strafkammer die Frau eines streikenden Arbeiters zu drei Monaten Gefängnis verurteilte, weil sie einen Arbeitswilligen Streikbrecher geschimpft hatte, und gegen den Gauleiter des Transportarbeiterverbandes erkannte dasselbe Gericht auf fünf Monate Gefängnis, nur weil er zu der Frau eines Arbeitswilligen gesagt hatte, sie möge ihren Mann nicht zum Streikbruch veranlassen. Nun haben die Arbeiter wieder einmal Gelegenheit, über den bekannten Ausspruch des preußischen Justizministers Schönstedt nachzudenken: »Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe.«

Der Färbereiarbeiterstreik in Crefeld, von dem wir in Nr. 18 berichteten, mußte nach 17wöchiger Dauer abgebrochen und die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werden. Dieses traurige Resultat ist ohne Zweifel auf das verräterische Gebaren der Christlichorganisierten zurückzuführen, die bekanntlich nach dreitägigem »Kampfe« die Filinte ins Korn warfen und systematisch Streikbruch verübten. Sie haben die Arbeiter ebenso wie beim Bergarbeiterkampf im Ruhrgebiet schändlich verraten.

Der Photographierautomat. Zu den mannigfaltigen Automatenapparaten, die bereit sind, als stumme, immer gefällige Diener uns die Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse zu erleichtern, ist nun auch noch der Photographierautomat gekommen. Sein Erfinder ist ein junger Engländer, namens Harry Ashton Wolff. Der Automat präsentiert sich äußerlich als ein mächtiger Kasten, an dessen Vorderwand ein großes schwarzes Loch gähnt. Der sein Konterfei Wünschende nimmt auf einem Stuhle vor dem Loch Platz und läßt ein Geldstück in den vorgesehenen Schlitz gleiten. Daraufhin hört er eine elektrische Glocke tönen und ein Schild erleuchtet sich, das ihm die feindliche Aufforderung zuruft: »Achtung, wenden Sie den Kopf nach rechts und lächeln Sie!« Das künstliche Licht — um unabhängig von der Tagesbeleuchtung zu sein, arbeitet der Apparat mit künstlichem Licht — flammt auf und eine zweite Glocke zieht die Aufmerksamkeit auf den Satz: »Bewegen Sie sich nicht!« Nach einigen Sekunden erlischt das Licht und 3 Minuten später kann der Gekypte sein »wohlgelungenes Porträt« in Empfang nehmen. Was ist inzwischen im Inneren des geheimnisvollen Apparates vorgegangen? Das eingeworfene Geldstück schließt im Falle den elektrischen Strom und damit tritt der Mechanismus in Tätigkeit. Dieser besteht nicht aus einem Uhrwerk — ein solches würde nicht mit der nötigen Exaktheit arbeiten —, seine 52 verschiedenen Bewegungen werden vielmehr durch einen Elektromagneten ausgelöst. Die auf eine Gelatine-Bromsilber-Postkarte aufgenommene Photographie kommt zunächst in ein Entwicklungsbad. Nach 20 Sekunden Entwicklung wird der Hervorruf nachher durch 7 andere Bäder ersetzt, die das ursprüngliche Negativbild in ein Positiv umwandeln, fixieren, auswässern usw. Für jede Aufnahme werden dabei frische und daher immer gleich leistungsfähige Bäder genommen. Zuletzt kommt die Karte auf eine Platte, auf der sie durch Klammern festgehalten wird und die mit einer Geschwindigkeit von 5000 Touren in der Minute rotiert. Hier wird ihr durch die Zentrifugalkraft alles Wasser entzogen, worauf sie durch eine Öffnung aus dem Apparat herausfällt. Der automatische Photographierapparat ist also nicht nur ein kleines Wunder an Präzision und scharfsinniger Erfindung, sondern er stellt auch eine Rekordleistung in bezug auf die Schnelligkeit bei der Aufnahme und Fertigstellung eines Bildes auf.

Generalversammlungen und Kongresse.
Buchbinder. Die 12. Generalversammlung des Deutschen Buchbinderverbandes, die vom 16. bis 21. Juni in Stuttgart stattfand, war auch von unserem Verbandsrat mit einem Vertreter besichtigt. Seit dem letzten Verbandstage stieg die Mitgliederzahl um rund 8000; sie bezifferte sich Ende 1912 auf 33428, davon 16717 männliche und 16711 weibliche Mitglieder. Das Vermögen in der Hauptkasse hat sich mehr als verdoppelt; es stieg von 433363 am Beginn auf rund 900000 am Ende der Berichtsperiode; hierzu kommen rund 300000 Mark als Kassenbestand in den Mitgliedschaften. In den Jahren 1910—1912 führte der Verband 259 Lohn-

bewegungen, die sich auf 2826 Betriebe mit 42193 Beschäftigten erstreckten. Für 21630 Personen wurde eine jährliche Arbeitszeitverkürzung um 1422356 Stunden und für 26388 Personen eine jährliche Lohnerhöhung um 2207764 Mark erreicht. Ende 1912 hatte der Verband 130 Tarifverträge für 2169 Betriebe mit 33108 Beschäftigten abgeschlossen. In seinem Referat über die Lohnbewegungen des Verbandes wies der Verbandsvorsitzende Kloth darauf hin, daß 1916 insgesamt 31 Tarife für 752 Betriebe mit 18217 Beschäftigten ablaufen; ein schwerer Kampf stehe bevor, für den man sich rechtzeitig zu rüsten habe. In den Beratungen über die Erneuerung des Drei-Städte-Tarifs (Berlin, Leipzig, Stuttgart) soll der Verbandsvorstand Vertreter aus den größeren Orten bzw. Bezirken zuziehen. Über die Finanzlage des Verbandes referierte der Verbandskassierer Harder. Es wurde eine neue Beitragsklasse von 25 Pf. wöchentlich für weibliche Mitglieder eingeführt, so daß die Beiträge nunmehr in 5 Klassen 20, 25, 35, 50 und 80 Pf. betragen. Auch die Unterstützungseinrichtungen wurden in manchen Bestimmungen geändert. Über die Stellungnahme des Verbandstages zum graphischen Industrieverband berichteten wir schon in Nr. 26 der »Gr. Pr.«

Buchdrucker. Die 8. Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker tagte vom 15. bis 22. Juni in Danzig. Von unserem Verbandsrat nahm Kollege Sillier an den Verhandlungen teil. Der Magistrat von Danzig hatte einen Stadtrat als Vertreter entsandt, ein Novum in der Geschichte der freigewerkschaftlichen Tagungen. Der Mitgliederbestand stieg in den 2 Berichtsjahren von 61924 auf 67278; einschließl. der »jährlichen« Gutenbergbündler stehen nur noch ca. 6000 Buchdrucker außerhalb des Buchdruckerverbandes. Die Zahl der Tariforte stieg in den letzten 2 Jahren von 2158 auf 2242, die Zahl der tariffreien Anstalten von 7659 auf 8051. In der Berichtszeit mußten allein für Arbeitslosenunterstützung 2072219 Mk. und für Krankengeld 1884336 Mk. verausgabt werden; die Gesamtsumme an Unterstützungen betrug 1911/12 5350560 Mk. Das Vermögen in der Hauptkasse betrug Ende 1912 9768791 Mk., in den Lokalkassen rund 3 Millionen, insgesamt also über 12 1/2 Millionen. Beitragserhöhungen oder Erweiterungen des Unterstützungswesens erfolgten nicht. Der Verbandstag befaßte sich, wie bereits im Leitartikel von Nr. 26 der »Gr. Pr.« ausgeführt wurde, eingehend mit der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Prinzipalen und Gehilfen, mit der technischen Entwicklung des Gewerbes und mit der allgemeinen und tariflichen Lage. Er stellte eine Reihe Leitsätze auf, um die große Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken. In Zukunft sollen nur Gehilfen als Mitglieder aufgenommen werden, die technisch so ausgebildet sind, daß sie den Beruf voll auszufüllen vermögen, und die auch in gesundheitlicher Beziehung von der Mitgliedschaft ihres Konditionsortes unter Zustimmung des Gauvorstandes für aufnahmefähig erklärt werden; Taubstumme oder mit sonstigen körperlichen Gebrechen Behaftete dürfen ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes nicht aufgenommen werden. Der Verbandstag erklärte sich gegen den Plan, eine gemeinsame Widerstandskasse aller Gewerkschaften zu gründen, und er hält es für wichtiger, wenn bei großen Kämpfen jede Gewerkschaft nach ihrem prozentualen Verhältnis zahlt. Die Gratistilferung des »Korrespondent« an alle Mitglieder wurde abgelehnt. — Der Verbandstag ehrte den Verbandsvorsitzenden Döblin, der 25 Jahre im Amte ist, durch eine Feler und ein größeres Geldgeschenk. Der Vorsitzende und der Verbandskassierer Eifler sollen mit Dreiviertel ihres Gehalts pensioniert werden, sobald sie das Bedürfnis haben, sich aus Altersrücksichten zur Ruhe zu setzen.

Belgien. Der diesjährige belgische Gewerkschaftskongreß, der am 14. und 15. Juni im Brüsseler Volkshause tagte, hat sich fast ausschließlich mit organisatorischen und internen Fragen beschäftigt, die nur geringes allgemeines Interesse bieten. Der erste Verhandlungstag wurde ganz der Besprechung des Jahresberichts der Gewerkschaftskommission gewidmet, wobei eine ganze Anzahl von Delegierten an der Geschäftsführung des ersten Sekretärs Bergmans Kritik übten, dessen Tätigkeit als ungenügend bezeichnet und dem außerdem Nichtausführung verschiedener Beschlüsse vorgeworfen wurde. Hierauf wurde der Tätigkeitsbericht des Sekretärs Bergmans mit 34 gegen 13 Stimmen bei etwa 150 Stimmenthaltungen angenommen; dem zweiten Sekretär wurde einstimmig Decharge erteilt. Die Neuwahl der Sekretüre wurde in Anbetracht einer Erklärung der Exekutive, innerhalb von 3 Monaten eine Lösung der Personalfrage zu finden, verschoben. Am dem zweiten Verhandlungstage beschloß der Kongreß einstimmig die von der Generalkommission vorgeschlagene Aufhebung der Rückversicherungskasse für Streiks und Aussperren. Bei der Begründung dieses Antrags führte der Referent Mertens aus, die Streikrückversicherung durch die Generalkommission sei durch Fortschritte der Zentralisation überflüssig geworden, die es den meisten Zentralverbänden ermögl. ihre Kämpfe mit eigenen Mitteln zu führen; bei besonders ausgedehnten Lohnkämpfen aber, wie sie jetzt immer häufiger durch die Unternehmerorganisation heraufbeschworen werden, biete auch die Rückversicherungskasse nur eine illusorische Deckung. Der Kongreß beschloß,

den jetzigen Kassenbestand — etwa 80000 Francs — den angeschlossenen Organisationen nach der Rate der von ihnen gezahlten Beiträge zurück zu erstatten, und die etwa 4000 Francs betragenden Zinsen dem belgischen Arbeiterbildungsausschuß zu schenken. Eine prinzipielle Debatte über die Organisation des gewerblichen Unterrichtswesens im Zusammenhang mit dem Lehrlingswesen führte die Diskussion über den Bericht der Kommission herbei, die vom vorigen Kongreß zum Studium dieser Frage eingesetzt worden war. Der Kongreß machte sich die Thesen der Kommission zu eigen, die in der Forderung einer direkten Kontrolle der Gewerkschaften über den gewerblichen Unterricht in all seinen Formen gipfeln.

Internationale Bäcker- und Konditorenkonferenz. Anlaßlich der 13. Generalversammlung des deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes fand am 5. Juni in Frankfurt a. M. eine internationale Konferenz statt. Vertreten waren außer Deutschland: Österreich (Bäckerarbeiter), Österreich (Zuckerbäcker), Schweiz, Schweden, Dänemark und Norwegen. Nach dem Bericht des internationalen Sekretärs sind der in Kopenhagen 1910 gegründeten Vereinigung nun 16 Organisationen angeschlossen. Außerhalb der Vereinigung stehen noch die Landesverbände in Belgien, Italien, England, Australien und Finnland. In organisatorischer Hinsicht sei zu wünschen, daß in allen Ländern die Einheitsorganisation für Bäcker, Konditoren und die Beschäftigten in der Schokoladen- und Zuckerwaren-Industrie angestrebt wird. In der Diskussion herrschte Einverständnis über die Tätigkeit des Sekretärs. Zu einer eingehenden Aussprache führte noch ein Vorschlag der skandinavischen Verbände bezüglich gegenseitiger finanzieller Unterstützung bei Streiks. Bei den übrigen Vertretern bestand jedoch keine Neigung, solche weittragende Bestimmungen schon jetzt durchzuführen. Grundprinzip muß bei den angeschlossenen Verbänden sein, bei Kämpfen in erster Linie selbst für die Kosten aufzukommen. Das Eingreifen der Internationale kann erst dann geschehen, wenn durch den Umfang der wirtschaftlichen Kämpfe die finanzielle Belastung von der eigenen Organisation nicht getragen werden kann. Die skandinavischen Vertreter zogen nach dieser Aussprache ihren Vorschlag zurück. Der 3. Internationale Kongreß findet 1914 in Wien statt.

Internationale Buchbinderkonferenz. Vom 23. bis 26. Juni tagte in Brüssel die 3. internationale Buchbinderkonferenz. Dem internationalen Buchbindersekretariat waren Ende 1912 die Verbände von 14 Ländern mit insgesamt 49896 Mitgliedern angeschlossen. Auf der Konferenz waren 13 Organisationen durch 27 Delegierte vertreten. Dem Sekretariat schloß sich auf der Konferenz der Londoner Buchbinderverband mit 5400 Mitgliedern neu an. Im Anschluß an den Geschäftsbericht berichtete der internationale Sekretär Kloth-Berlin über das Ergebnis der Erhebungen über die Frauenarbeit. Mit Ausnahme von Bosnien, Italien und der Schweiz wählten alle Länder mehr weibliche als männliche Arbeitskräfte in den Buchbindereien und verwandten Berufen auf. Die technische Entwicklung macht eine Abgrenzung der Frauen- und Männerarbeit dringend notwendig. Das Sekretariat soll eine Verständigung der angeschlossenen Verbände darüber herbeizuführen versuchen, was als Männer- und was als Frauenarbeit zu betrachten ist, um dann die Abgrenzung möglichst einheitlich durchzuführen. Ferner befaßte sich die Konferenz noch mit der Verfassung und den Einrichtungen der dem Sekretariat angeschlossenen Verbände unter besonderer Berücksichtigung ihrer Kampfmittel. Alle Unterstützungen bei Kämpfen usw. sollen nur durch Vermittlung des Sekretariats erfolgen. Die nächste Konferenz findet in Kristiania statt.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 1. Juli 1913.
 Der Dresdener Genossenschaftstag: Die erste Sitzung des Generalrats; die Eröffnungssitzung; der erste Verhandlungstag; der zweite Verhandlungstag; die Generalversammlung der Großhändlergenossenschaft.
 Der 10. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der vom 16. bis 18. Juni in Dresden stattfand, gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der deutschen Genossenschaftsbewegung. Der erhebende Eindruck der Verhandlungen, die einen würdigen Verlauf nahmen, wurde gesteigert durch die festlichen Veranstaltungen des gastfreien Dresdener Vereins »Vorwärts«, der sein Vierteljahrhundertjubiläum geschickt dem Zehnjahresjubiläum des Zentralverbandes anpaßte.
 Am 16. Juni früh fand die erste Sitzung des Generalrats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt. Im allgemeinen sind jährlich zwei Sitzungen für den Generalrat vorgesehen, von denen die im Herbst stattfindende sich in gründlicher Weise mit allen Aufgaben beschäftigt, die der Erledigung durch den Generalrat vorbehalten sind, während die in Verbindung mit dem Genossenschaftstag abzuhaltende in der Hauptsache der Vorbereitung der diesem zur Beschlußfassung zu überweisenden Gegenstände zu dienen hat. Die dem Genossenschaftstage zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung vorzulegenden Anträge wurden in der von Vorstand und Ausschuß vorgeschlagenen Form sämtlich angenommen. Der erste Antrag betrifft den Arbeitsplan der Fortbildungskommission des Zentralverbandes, nimmt von der bisher ge-

leiteten Arbeit mit Befriedigung Kenntnis, und fordert zur ferneren Fortführung der Arbeiten eine gesicherte finanzielle Unterlage. Der zweite Antrag ergäntzt die auf dem Genossenschaftstag in Mainz beschlossenen Grundzüge für die Tätigkeit des Tarifamtes. Der dritte Antrag bestimmt die Zuwendungen für allgemeine genossenschaftliche Zwecke an die einzelnen Revisionsverbände aus dem Betrage, den die Großverkaufsgesellschaft zur Verfügung stellte; ferner weist der Antrag auf die Rückvergütung, die den Beziehern des »Konsumgenossenschaftlichen Volksblatts« zusteht, jedem der beteiligten Revisionsverbände die Summe von 1300 Mk. zu. Über die Frage des Abschlusses neuer Tarife mit dem Bäcker- resp. Transportarbeiterverbände fand, da offizielle Entwürfe seitens der beteiligten Gewerkschaftsorganisationen noch nicht eingegangen waren, nach einem Referat von Dr. Aug. Müller eine kurze, unverbindliche Aussprache statt, nach welcher, dem Vorschlag des Redners entsprechend, eine Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern der Revisionsverbände, dem Vorstände und zwei genossenschaftlichen Mitgliedern des Tarifamtes, gewählt wurde, welcher die Prüfung der zu erwartenden Vorlagen obliegt. Ihr wurde überlassen, aus ihrer Mitte die eigentliche Verhandlungskommission zu bilden.

Zur Eröffnung des Genossenschaftstages am Abend des 16. Juni waren neben 956 Vertretern der dem Zentralverband angeschlossenen Organisationen 14 Vertreter von Genossenschaften, 15 Gäste aus dem Ausland und 3 Mitglieder des Dresdener Stadtverordnetenkollegiums erschienen. Der Eröffnung und einem Nachruf auf die verstorbenen Genossenschaftsführer Radestock und Kalfoten folgten die üblichen Begrüßungsansprachen, darunter eine Rede des Genossen Umbreit, der als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die guten Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften, die Bedeutung der letzteren für die Verbesserung der Lebenslage des arbeitenden Volkes und die Notwendigkeit des erfolgreich begonnenen Zusammenarbeitens von Gewerkschaften und Genossenschaften betonte.

Der 17. Juni als erster Verhandlungstag wurde durch den von Barth-München erstatteten Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes eingeleitet. Redner, der an der Gründung des Zentralverbandes hervorragenden Anteil genommen hat, benutzte die Gelegenheit, aus dem reichen Schatze seiner Erinnerung heraus eine fesselnde Schilderung der denkwürdigen Ereignisse zu geben, die zur Katastrophe von Kreuznach und damit zur Selbständigkeit der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung führten. Jetzt beginne der Frühling der Entwicklung dem Sommer zu weichen, der reifen Lasse, was wir alle erstreben: die unteren Volksschichten zu würdigerem Lebensgenuß emporzuheben. — Sodann berichtete Heinrich Kaufmann-Hamburg über die Entwicklung des Zentralverbandes. In den ersten Jahren seines Bestehens hat sich die Zahl der ihm angeschlossenen Vereine von 685 auf 1200 gesteigert, die Zahl der diesen Vereinen angeschlossenen Mitglieder ist angewachsen von 575 449 auf 1 495 501, der Gesamtumsatz der Konsumvereine betrug im Jahre 1903 176 400 000 Mk. und ist bis zum Jahre 1912 angewachsen auf 603 Mill. Mk.; der Wert der in der Eigenproduktion hergestellten Waren erfuhr eine Steigerung von 14 700 000 Mk. auf 104 Mill. Mk. Das eigene Kapital vermehrte sich von 18 Millionen Mark auf 56 Millionen Mark, das fremde Kapital von 22 Millionen Mark auf 133 Millionen Mark. Über das Musterstatut für Bezirkskonsumvereine sprach Schmidtmann-Düsseldorf, welcher bekräftigte, die noch nicht völlig geklärt Materie dem Generalrat zur endgültigen Entscheidung zu überweisen. Der Genossenschaftstag beschloß demgemäß. — Am Schluß des ersten Tages referierte noch v. Elm-Hamburg über die Volksfürsorge. Er schilderte die umfangreichen und zeitraubenden Vorarbeiten, die nötig waren, die Sache in Fluß zu bringen, und die demokratische, die Parität von Gewerkschaften und Genossenschaften während der Organisationsform. »Was errichtet ist«, schloß er unter stürmischem Beifalle der Versammlung, »ist die Grundlage des später zu Schaffenden. Festigen wir diese so, daß wir auf ihr ein stolzes, schönes Gebäude errichten können, zum Nutzen für das ganze deutsche Volk!«

Am zweiten Verhandlungstage (18. Juni) erörterte Angst-Basel in einem instruktiven Vortrage die Voraussetzung und Technik des Betriebskonsumgenossenschaftlicher Schlächtereien und Molkereien. Nach interessanter Schilderung der Entwicklung und des Standes der Einrichtung des eigenen Vereins kam Redner bezüglich der Fleischereien zu dem Schluß, daß solche auf breiter Basis gestellt, also als Großbetriebe mit allen Produktionszweigen errichtet werden müßten. Das Verlangen nach Übernahme des Betriebs müsse von unten heraufkommen. Ein umfangreicher Verein mit bedeutendem Umsatze müsse vorher schon vorhanden sein und mit einem Kapitalaufwande von rund einer halben Million Mark auf alle Fälle gerechnet werden. Bezüglich der Molkereien gelte es, die Milchläufer gegenüber den Produzenten in Einkaufsvereinigungen zu organisieren, um ungerechte Preissteigerungen zu verhindern. Seltens der Konsumvereine müssen gemeinsame Betriebsregulierstellen geschaffen oder deren Funktionen einer Konsumge-

nossenschaft übertragen werden. In den Zentralen sind genügende Einrichtungen zur Reinigung, Aufspeicherung und Verarbeitung des Milchüberschusses zu schaffen. Ein »Unmöglich« dürfe es im Lexikon der Genossenschaft nicht geben. An diesen Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. — Den Bericht der Fortbildungskommission unter besonderer Bezugnahme auf die Konsumgenossenschaftlichen Unterrichtskurse gab sodann Rupprecht-Hamburg. Der bereits erwähnte vom Referenten begründete Antrag wurde ohne Debatte angenommen. — Ferner berichteten Lorenz-Hamburg über die Unterstützungskasse des Zentralverbandes und Dr. August Müller über die Tätigkeit des Tarifamtes. In der Debatte wurden Beschränkungen über die jetzige Art der Arbeitsvermittlung in den Konsumvereinen erhoben, die zu einer Auseinandersetzung mit verschiedenen Gewerkschaftsvertretern führten, durch welche die Erklärung wiederholt wurde, daß sie jederzeit eine loyale Handhabung des Arbeitsnachweises guthießen und fördern würden. Der Antrag zur Tarifangelegenheit wurde angenommen. Auch die übrigen schon erwähnten Anträge fanden nach entsprechender Begründung die Zustimmung des Genossenschaftstages. — Nach den Wahlen wurde der Voranschlag für 1914 genehmigt, womit der Genossenschaftstag des Zentralverbandes seine Arbeiten beendigt hatte.

Dem Genossenschaftstage schloß sich die 19. Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine an, deren Entwicklung im Jahre 1912 wir bereits in Nr. 18 der »Gr. Pr.« behandelt haben. Dem Geschäftsbericht des Geschäftsführers Siefert-Hamburg folgte der Bericht des Geschäftsführers Lorenz-Hamburg über die Eigenproduktionsbetriebe der Großverkaufsgesellschaft. Die Seifenfabrik erzielte einen Umsatz von 5,5 Millionen gegenüber 4,6 Millionen im Jahre vorher. Eine zweite Seifenfabrik in Düsseldorf ist im Bau. Die Ergebnisse der drei Zigarrenfabriken in Hamburg, Frankenberg und Hockenheim (Baden) sind günstig. Es wurden dort 46 000 Mille Zigarren im Werte von 2,3 Millionen Mark hergestellt. Auch sind hier Erweiterungsarbeiten vorgenommen oder doch schon geplant. Mit Beginn des jetzigen Geschäftsjahres ist die Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft der Großverkaufsgesellschaft angeschlossen worden. Eine Ausnahme in den Eigenproduktionsbetrieben macht die Zündholzfabrik in Lauenburg a. E., die mit einem Verlust von 15 000 Mk. abschließt, der aber nur darauf zurückzuführen ist, daß einmal der ganze Betrieb infolge der Zündholzsteuer neu eingerichtet werden mußte und außerdem, daß die Produktionsmenge, die wir bewältigen dürfen, von Staats wegen beschränkt ist. Geplant sind eine Teigwarenfabrik und eine Kistenfabrik in Gröba. Außerdem soll in Gröba eine kleine Gartenstadt gebaut werden, in der 80 bis 100 Wohnungen für die Angestellten der Großverkaufsgesellschaft in Gröba eingerichtet werden sollen. Eine neue soziale Maßnahme ist die Errichtung eines Pensionsfonds für Angestellte, die mindestens 10 Jahre bei der G. E. G. angestellt sind. Denn die Betriebe der G. E. G. stellen nicht nur technische, sondern auch soziale Musterbetriebe sein. — Die Versammlung genehmigte die Jahresrechnung und stimmte der Erhöhung des Stammkapitals zu. Den Geschäftsführern wurde Entlastung erteilt. Sodann wurde die Versammlung geschlossen. XX

Deutsche Gewerkschaften auf der Leipziger Baufachausstellung.

III.

Zeigt die gewerkschaftliche Sonderausstellung schon rein äußerlich den festen Willen der Arbeiterorganisationen, bestimmend und fördernd auf die Gestaltung des Bauarbeiterschutzes einzuwirken, so wird diese Absicht noch wesentlich unterstützt durch die im Innern des Gewerkschaftsbaues angehäuft Modelle, Bilder, Statistiken, Eingaben und sonstige auf den Bauarbeiterschutz bezügliche Schriften.

Zwei im Parterre des Gewerkschaftsbaues gelegene Räume sind vom Deutschen Holzarbeiterverband belegt worden. In dem vorderen Raume sind verschiedene Holzbearbeitungsmaschinen mit den für solche Maschinen erforderlichen Schutzvorrichtungen und mit Entlastungs- und Späneabseugeanlage versehen. Im zweiten Raume wird noch besonders nachdrücklich dargestellt, wie notwendig dieser Schutz an den Maschinen ist. Schon die Bilder aus Holzbearbeitungsfabriken machen es verständlich, wie groß die Unfallgefahr der zu kleinen, zu engen, teilweise zu dunklen Räume mit all ihren Mängeln an den maschinellen Einrichtungen sein muß. Aber ein weiterer Blick auf die zahlreichen Abbildungen der durch Unfall an Holzbearbeitungsmaschinen verursachten Verletzungen der Maschinenarbeiter läßt auch die letzten Zweifel an der bestehenden Gefahr schwinden. Diese verstümmelten Hände zeigen besser als alles andere die Gefahren, deren die Arbeiter an Holzbearbeitungsmaschinen ausgesetzt sind, und wie anklagend und drohend reden sich die übrig gebliebenen Fingerglieder empor, gleichsam beschwörend, von dem wahn sinnigen Treiben, von dem frevelhaften Spiel mit den Gliedmaßen der Arbeiter abzulassen.

Da wird im Bilde die Abstimmung in einer Versammlung Berliner Maschinenarbeiter dargestellt. Die versammelten Arbeiter haben die Hände hoch erhoben, Hände, die fast alle mehr oder weniger verstümmelt sind. Es ist, als ob man diesen klagenden Arbeitern die dem Bilde beigegebenen Worte vom Munde ablesen könnte: »Im Namen der Hinterbliebenen unserer Berufsgenossen, die die Maschinen erschlagen, der Tausende von Kollegen, denen sie ihre gesunden Glieder zermalmt, im Namen der gesamten Maschinisten und Säger, die täglich den drohenden Gefahren entgegenzutreten müssen, erheben wir unsere Forderungen in dem Bewußtsein, mitzuarbeiten an einem gemeinsamen Werke sozialer Fürsorge, Humanität und Menschlichkeit.«

Aber nicht nur bei den Maschinenarbeitern zeigt sich die Mangelhaftigkeit des bestehenden und die Notwendigkeit eines besonderen Arbeiterschutzes. Auch in anderen Branchen ist das gleiche zu verzeichnen. Wenn man an den ausgestellten Modellen sieht, in welcher gefährlichen Lage oft die Jalousiearbeiter um ihr tägliches Brot ringen müssen, und wenn man durch dementsprechende Schutzvorrichtungen überzeugt wird, wie verhältnismäßig leicht eigentlich besonderen Gefahren vorgebeugt werden kann, dann wird man es unverstündlich und unverzeihlich finden, daß immer noch mit Gut und Blut, mit Leben und Gesundheit der Arbeiter gespielt wird.

Im gleichen Raume befindet sich noch eine interessante Sammlung von Proben des bei der Bearbeitung der verschiedenen Holzsorten entstehenden Staubes, sowie Verbandkästen und verschiedene andere Sicherheitsmaßnahmen. Die Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist entschieden sehr wirkungsvoll, und wer Einblick genommen hat in die hier geschilderten Zustände, der wird es nur mit lebhafter Genugtuung empfinden, wenn er auf den aushängenden Plakaten liest, daß es dem Holzarbeiterverbande gelungen ist, erfolgreich auf Besserung hinzuwirken. Wenn von 1893 bis 1911 der wöchentliche Lohn nun durchschnittlich 9,56 Mk. gestiegen und die Arbeitszeit um 6,1 Stunde verkürzt werden konnte, so trägt auch das ganz bedeutend mit zur Herabminderung der Unfallgefahr bei.

Den Räumen des Holzarbeiterverbandes gegenüber befindet sich die Ausstellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Hier sind es vor allem die gewaltigen Eisenkonstruktionsbauten der Neuzeit, die Brücken- und Hallenbauten, die den Metallarbeiter zwingen, energisch einen besseren Bauarbeiterschutz zu fordern. Zwei selbsttätig einhaltende Lichttableaus geben eine Anzahl solcher Bilder wieder, die noch durch verschiedene Einzelphotographien vermehrt werden und aus denen ersichtlich ist, wie in den starren, zu beträchtlicher Höhe emporstrebenden Eisengerümpfen die einzelnen Arbeiter wie winzige Lebewesen sich bewegen, oft so hoch, daß sie dem Auge kaum sichtbar sind, und fast immer ohne den selbstverständlichen Schutz. Auf hoch in den Lüften freihängenden eisernen Trägern stehen die Arbeiter ohne die geringste Sicherung. Es fehlen Ständergerüste und Abdeckungen der einzelnen Etagen. Ein Fehltritt oder ein Fehlgreif muß unbedingt zum tödlichen Absturz führen. Das sieht jeder Laie, warum sehen das die Unternehmer und die Behörden nicht, warum muß in so frevelhafter Weise Leben und Gesundheit der Arbeiter auf Spiel gesetzt werden? Dazu kommt noch, daß es sich bei all diesen Bauten wahrlich nicht darum handeln kann, des Kostenpunktes wegen von genügenden Schutzvorrichtungen abzusehen. In neuerer Zeit werden diese großen Eisenkonstruktionsbauten noch durch die Luftschiffhallen vermehrt. Aber auch bei diesen zeigt sich jene unverantwortliche Nachlässigkeit und der Mangel genügender Schutzvorrichtungen. So waren nach den Bildern, die der Metallarbeiterverband vorführt, bei dem Bau der Luftschiffhalle in Potsdam die Rüstungen der Eisenkonstruktionsarbeiter vollkommen ungenügend und entsprachen in keiner Weise den Unfallverhütungsvorschriften; Abdeckungen und Fangerüste fehlten. Auch die Leipziger Luftschiffhalle wurde ohne Gerüste oder sonstige Schutzvorrichtungen ausgeführt. Kein Wunder, daß es dann bei solchen und ähnlichen Bauten nicht ohne den Verlust von Menschenleben abgeht.

Die hier und da unter Lalen verbreitete Ansicht, daß an solchen Riesenbauten wirksame Schutzgerüste nicht anzubringen sind, ist entschieden falsch und durch die Praxis widerlegt. Auch der Deutsche Metallarbeiterverband weist auf die Ausstellung treffend nach, wie selbst bei den umfangreichsten und schwierigsten Eisenkonstruktionsbauten ein in jeder Beziehung hinreichender Schutz geschaffen werden kann. Er hat ein fahrbares Gerüstmodell aufstellen lassen, das sich unter den Gliedern eines Brückenmodells bequem hin- und herbewegt und gar keinen Zweifel an seiner Zweckmäßigkeit aufkommen läßt.

Die Riesenbauten sind es freilich nicht allein, die fortgesetzt Opfer an Arbeitergliedern und Arbeiterleben fordern. Beim gewöhnlichen Häuserbau können die Metallarbeiter gleichfalls lebhaft Klagen anstimmen. Vor allem sind es hier die Klemperer, die bei halsbrecherischen Dacharbeiten oft genug des notwendigen Schutzes entbehren müssen. Die Unfallgefahr der Klemperer ist denn auch sehr groß, wie z. B. aus den Nachweisungen der Ortskrankenkasse der Klemperer in Berlin hervorgeht. Danach erlitten

von je 1000 Klempnern, die Mitglieder der genannten Kasse waren, 82,4 einen Betriebsunfall. Dazu kommen noch eine Anzahl besonderer Berufskrankheiten der Klempner, insbesondere Rheumatismus, Magen- und Darmleiden, Erkrankungen der Atmungsorgane und Bleivergiftung.

Überhaupt spielen im Baugewerbe neben der Unfallgefahr die Berufskrankheiten eine wesentlich größere Rolle, als man in der Regel anzunehmen geneigt ist. So zeigen die Maler an einigen Bildern die Folgen der Bleivergiftung. Es ist nicht viel, was hier gezeigt wird, aber es wirkt so gewaltig und spricht für sich selbst, wie es selbst in dickleibigen Büchern besser nicht geschildert werden könnte. Lähmung der Muskeln, Verkrüppelung der Hände, Ausschlag an Händen und selbst im Gesicht, das sind die vorhandenen Folgen der Bleivergiftung. Gewiß bestehen auch hier Arbeiterschutzvorschriften, aber wie sie eingehalten werden, zeigt die tägliche Praxis, zeigen insbesondere die Opfer. Es bleibt demnach ein Verdienst der Malerorganisation, daß sie die Gelegenheit benutzt hat, um erneut und nachdrücklichst auf diese Gewerbekrankheiten hinzuweisen.

Zu den Gewerbekrankheiten gehört auch die sogenannte Mauerkörkrätze. Der Bauarbeiterverband hat durch mehrere photographische Aufnahmen die Folgen dieser Erkrankungen zur Darstellung gebracht. »An der Stelle, wo die Haut mit dem ätzenden Zement in Berührung gekommen ist, wird die Haut rissig, platzt auf, ist gerötet, schmerzt und juckt manchmal. Aus den Einrisen tritt Körperflüssigkeit aus, welche eintrocknet und dicke Borsten bildet. Daß nur empfindliche Häute für die Mauerkörkrätze in Betracht kommen und daß von etwa 100 Mauern nur etwa einer von dieser Krankheit befallen wird, mag zwar wie ein Trost klingen, beweist aber in Wirklichkeit, daß die Gesamtzahl der hiervon Befallenen gar nicht so unerheblich ist.

Die Ofensetzer klagen wieder über andere Krankheitserscheinungen. Bei ihnen kann Rheumatismus eigentlich als Berufskrankheit gelten, denn 18,43 Proz. aller Erkrankungen fallen hierunter. Daher die Forderung der Töpfer nach Schutz gegen Zugluft. Dann kommen die Erkrankungen der Atmungsorgane mit 15,50 Proz. und weiter Verletzungen, Verstauchungen und Knochenbrüche, die 13,20 Proz. aller Erkrankungen ausmachen und damit den Beweis erbringen, daß die Unfallgefahr im Ofensetzergerwerbe immerhin recht beachtlich ist.

Bekannt ist die verhältnismäßig große Zahl der Lungenerkrankungen unter den Steinarbeitern. Nach den statistischen Nachweisen des Vorstandes des Steinarbeiterverbandes übersteigt die Berufskrankheit der Steinarbeiter (Lungenerkrankung durch Staubeinatmung) um das Doppelte die Betriebsunfälle. In den Jahren 1894 bis 1909 entfielen von 18178 gemeldeten Erkrankungen 36,3 Proz. auf Hals- und Lungenkrankheiten und 18,4 Proz. auf Verletzungen im Betriebe. Noch deutlicher kommt der Umfang der Berufskrankheit bei den Todesfällen zum Ausdruck. Vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1912 sind bei dem Verbandsvorstand 1723 Sterbefälle mitgeteilt worden, davon waren 3,4 Proz. die Folge von Unfällen im Beruf, 19,3 Proz. die Folge anderer Erkrankungen und 77,3 Proz. die Folge von Lungenerkrankungen durch Staubeinatmung. Grund genug für die Steinarbeiter, um besseren Schutz für Leben und Gesundheit zu fordern. Ursache zu der Berufskrankheit bildet zumeist das zu verarbeitende Material und die hierbei erzeugte Staubeinwirkung. Es mag noch an dieser Stelle erwähnt werden, daß der Verbandsvorstand der Steinarbeiter eine sehr interessante Gesteinsausstellung veranstaltet hat. Diese Sammlung enthält nahezu 200 verschiedene Arten der für die Steinindustrie wichtigsten Gesteine. Ein ausführlicher Spezialkatalog führt die einzelnen Stücke namentlich an.

Daß sich auch eine Anzahl Bauarbeiterschutzkommissionen an der Ausstellung beteiligt haben, ist gewiß sehr erfreulich und zeugt von einer gewissen Regsamkeit der Bauarbeiter in den einzelnen Landesteilen. Haben doch gerade die Bauarbeiterschutzkommissionen Anspruch, als besonders sachkundig zu gelten dadurch, daß sie ihre ganze Kraft und Zeit ausschließlich der Förderung des Bauarbeiterschutzes widmen, daß sie bei den Kontrollen der Bauten Mißstände aufdecken und in Eingaben an die Landes- und Ortsbehörden die Sache der Bauarbeiterschaft führen. Sie bilden im Interesse des Bauarbeiterschutzes die wichtigste Einrichtung, eben deshalb erfreuen sie sich aber nicht gerade des Wohlwollens der Unternehmer.

Die Ausstellung dieser Kommissionen erstreckt sich auf Photographien, die da zeigen, wieviel bei Bauten in Bezug auf Arbeiterschutz gesündigt wird und auf Modelle, an denen die Schutzvorrichtungen, wie sie sein sollen, gezeigt werden. Ein Musterstück dieser Art ist unzweifelhaft das von der Hamburger Bauarbeiterschutzkommission aufgestellte Gerüstmodell. Dazu gehört das Modell einer Musterbaubude. Innen- und Außengerüste werden, wie bei dem Hamburger Modell, auch an den von der Leipziger Bauarbeiterschutzkommission aufgestellten Modell gezeigt. Die Breslauer Bauarbeiterschutzkommission hat ein Stangengerüst für Putzarbeiten zur Ausstellung gebracht und von der Berliner Bauarbeiterschutzkommission ist ein größeres Modell angekündigt worden. Gerade diese Modelle werden das Interesse der Nichtfachleute erwecken, weil sie im Zusammenhang ein Bild

geben von dem gesamten Bauarbeiterschutz außerhalb wie innerhalb eines Baues, und weil sie dadurch ganz besonders wirksam dazu beitragen können, das Verständnis für die Einzelheiten der Gesamtausstellung zu erhöhen. An diesen Modellen wird eigentlich alles dargestellt, was auf den Bauarbeiterschutz Bezug hat. Außen- und Innengerüste für die verschiedenen Bauberufe, Baubuden, Abort- und Waschanlagen und sonstige sanitäre Einrichtungen.

Ob die Unternehmer aus diesen Tatsachen lernen, bleibt allerdings sehr fraglich. Wünschenswert wäre es aber, wenn die Behörden an solchen Dingen nicht achtlos vorübergehen würden. Wie sich aber auch späterhin die Dinge gestalten mögen, so steht doch jetzt schon fest, daß das Zustandekommen der gewerkschaftlichen Ausstellung einen Erfolg der deutschen Gewerkschaften bedeutet, dessen sie sich mit vollem Rechte rühmen können. gn.

Einführung in das historische Denken!

»Den schlechten Mann muß man verachten, der nie bedacht, was er vollbringt!« Diese Worte Schillers erklären uns, warum es neben der Geschichte als Wissenschaft auch notwendig eine Geschichtsphilosophie geben muß. Forscher, die zu den Quellen der Geschichte herabsteigen und sie der Menschheit zugänglich machen, sind keine leblosen Maschinen, sondern denkende und führende Menschen, die über das, was sie vollbringen, sich Gedanken machen, die zu Tage geförderten Tatsachen nicht nur ordnen und sichten, sondern auch das Gesetzmäßige in ihnen zu erfassen suchen. Deshalb ist ja der Marxismus eine Wissenschaft, weil er in der Entwicklung der Produktivkräfte die Basis alles geschichtlichen Geschehens erblickt und aus der Gesetzmäßigkeit dieser Entwicklung Schlüsse auf die Zukunft zieht.

Wenn auch die Geschichtsphilosophie so alt ist, wie die Geschichte selbst, so sind Wort und Begriff der Geschichtsphilosophie doch erst jüngeren Datums. Voltaire hat in seiner 1765 erschienenen Abhandlung über die Sitten und den Geist der Nationen als erster den Ausdruck angewendet. In dem uns heute geläufigen Sinne gebraucht zuerst Herder in der Vorrede zu dem 1784 herausgegebenen ersten Bande seiner »Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit« dieses Wort. Bei ihm, und dann später bei Hegel (Philosophie der Geschichte) kommt es darauf an, in dem Gewimmel geschichtlicher Vorgänge leitende Prinzipien zu finden. Da die Klassengesetze der damaligen Zeit noch nicht offen zu Tage lagen, konnten diese Prinzipien nicht in den ökonomischen Verhältnissen gesucht werden, sondern als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht erschien dem damaligen Philosophen die »Idee«, die sich bei Hegel im Begriffe der »Freiheit« äußert. Die Weltgeschichte ist nach ihm der Fortschritt der Menschheit im Bewußtsein der Freiheit. Karl Marx's unsterbliches Verdienst ist es gewesen, die Triebkräfte der Entwicklung des Bewußtseins aufgedeckt zu haben, indem er den Hegelschen Weltgeist, der aus sich heraus die Materie erzeugt, vom Kopf auf die Füße stellte und die Wirtschaft zur Grundlage alles geistigen und sozialen Lebens erklärte.

Der historische Materialismus, d. h. die Geschichtsauffassung, die in den Produktionsverhältnissen die wichtigsten Quellen für die Geschichtsforschung erblickt, findet auch allmählich bei bürgerlichen Historikern Anklang. So steht ihm auch der Leipziger Historiker Karl Lamprecht in den ersten Bänden seiner »Deutschen Geschichte« sehr nahe, um aber später immer mehr von ihm abzurücken. Obwohl er in seiner Streitschrift »Alte und neue Richtungen in der Geschichtswissenschaft« dem alten Ranke, der noch in den »Ideen« die wirklichen Triebkräfte der Geschichte und in den sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen nur Auswirkungen dieser »Ideen« erblickt, scharf entgegen tritt, wehrt er sich doch ebenso entschieden gegen den Vorwurf, ein Materialist zu sein. Materialismus sei immer nur ein Anfangsstadium innerhalb einer neuen Richtung im Geistesleben. Als Beispiel führt Lamprecht die moderne Malerei an, die als »Kohlrüben und Salatblättermalerei« ins Leben trat, bevor sie die inhaltlich hohe Form von heute annahm. Ebenso wäre es mit der Geschichtsforschung, die eine neue Methode auch an den leichtesten Objekten erprobe, nämlich an den wirtschaftlichen und sozialen Erscheinungen, um dann zu den Rätseln des höheren geistigen Lebens emporzustiegen. Franz Mehring wies diese Anschauung schon 1896 scharf zurück.

Was den Vergleich Lamprechts mit der modernen Malerei — dem Impressionismus — anbelangt, so sei auch an dieser Stelle Heine angeführt, der über diese Art der Kunstauffassung folgendermaßen spottet: »Wir wissen ganz genau, daß die späteren Werke des wahren Dichters keineswegs bedeutender sind als die früheren, ebensowenig wie ein Weib, je öfter sie gebiert, desto vollkommene Kinder zur Welt bringt; nein, das erste Kind ist schon ebensowut wie das zweite — nur das Gebären wird leichter. Die Löwin wirft nicht erst ein Kaninchen, dann ein Häschen, dann ein Hündchen und endlich einen Löwen. Madame Goethe warf gleich ihren jungen Leu, und dieser uns beim ersten Wurf seinen Löwen von Berlidingen. Ebenso warf auch

Schiller gleich seine Räuber, an deren Taten man schon die Löwenart erkannte.«

Nicht viel anders ist es in der Geschichtswissenschaft. Mehring sagt darüber: »Jedenfalls hat jeder Fortschritt der Geschichtsschreibung seit mehr als 100 Jahren, seit Montesquieu und Voltaire, Herder und Winkelmann den vernünftigen Sinn gehabt, daß er sich gewissen Rätseln des höheren geistigen Lebens mehr ab und den sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen mehr zugewandt hat. In der Erforschung der wirtschaftlichen Verhältnisse sehen wir Sozialdemokraten nicht nur die höchste, sondern auch schwierigste Aufgabe der Geschichtswissenschaft. Selbst Lamprecht beabsichtigte in seiner »Deutschen Geschichte« die gegenseitige Befruchtung materieller und geistiger Entwicklungsmächte innerhalb der Deutschen Geschichte klar zu legen. Daß geistige Strömungen auf die Wirtschaft rückwirken können, leugnet auch der Marxismus nicht. Nur ist schließlich immer die Ökonomie, nicht der Geist, die Idee primär.« In einer Polemik mit einem Kieler Universitätsprofessor meinte Lamprecht einmal im Sinne des historischen Materialismus: »Es können Ideen, einmal aus den Dingen entwickelt, sehr wohl zur Veränderung der Handlungsmöglichkeit führen. Aber diese Wechselwirkung darf den Forscher doch nie und nimmer das ursprüngliche, allem Weiteren zu Grunde liegende Verhältnis verkennen lassen, daß die Idee erst durch Applikation des menschlichen Denkens auf die bestehenden Möglichkeiten des Handelns erwacht, daß sie in den großen Zusammenhängen geschichtlicher Entwicklung gegenüber den objektiven Möglichkeiten der Auswirkung der Energie das Posterius ist, nicht das Prius. Tritt gleichwohl die Verwechslung ein, so entsteht eben die »Idee« etwas Mystisches, Supernaturales und Irrationelles. Besser kann kaum ein Marxist das Verhältnis der Idee zu den Dingen, d. h., zur Ökonomie, erfassen und zum Ausdruck bringen.

Vom Einflusse Karl Marx hat sich Lamprecht in seinem neuesten Buche: »Einführung in das historische Denken« (Verlag R. Voigtländer, Leipzig) so ziemlich emanzipiert. Das in etwas unklarem Stil geschriebene Buch enthält in seinem ersten Teil eine Darstellung der Entwicklung des historischen Sinns in Deutschland. »Historischer Sinn ist der getreue Ausdruck der jeweiligen Kulturverhältnisse und des seelischen Lebens eines bestimmten Zeitalters.« In dieser Definition ist die Lamprechtsche Geschichtsauffassung in lapidarer Kürze enthalten; die Richtungsgeber Karl Marx, der Ökonom, und Wilhelm Wundt, der Psychologe, treten ziemlich deutlich hervor! Ganz berechtigt ist Lamprechts Forderung, alle Teilströmungen der menschlichen Geschichte müßten in ihrem Zusammenhange erforscht werden. Diese Teilströmungen aber, unter denen die Wirtschaft nicht höher bewertet wird als Kunst, Religion usw., werden ihm zur Entwicklung des menschlichen Bewußtseins: die Geschichte der Menschheit wird ihm zur Geschichte der menschlichen Seele! Mag der Vorwurf gegenüber dem Marxismus, er beachte die psychologischen Faktoren in der Geschichte nicht genügend, berechtigt sein oder nicht, Lamprecht verfällt jedenfalls in ein Extrem, wenn er sagt, das Wirtschaftsleben, stelle nur einen Teilverlauf der gesamten Psychogenese dar! (S. 105.)

Über den Staat denkt Lamprecht wie folgt: »Der Staat ist nicht ein Produkt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung... sondern er ist und bleibt jederzeit Ausdruck der Lösung der tiefsten sittlichen Probleme.« (S. 120.) Diese sittlichen Probleme, die Elemente des Willens und der Phantasie wie auch des Gefühlslebens muß nach Lamprecht der Forscher unbedingt weitestgehend berücksichtigen. Am leichtesten faßbar ist die Phantasietätigkeit und so zeigt uns Lamprecht am Beispiele der zweidimensionalen Kunst der Malerei den angeblichen Normalverlauf geschichtlicher Entwicklung. Zur Erläuterung sind dem Buche eine Anzahl Illustrationen beigelegt, die alten Handschriften entnommen sind und uns die Entwicklung des historischen Sinnes in Deutschland demonstrieren sollen. Dabei kommt Lamprecht von seinem psychologischen Standpunkte aus zu einer Periodisierung der deutschen Geschichte, die vielfach mit der Nationalökonomie zusammenfällt. Und da Lamprecht Universalhistoriker ist, versucht er gleichzeitig gemeinsame Kulturzeitalter für Nationen und Völker des Erdkreises zu bilden. Nicht nur die Völkerpsychologie gibt ihm hierbei ein wertvolles Hilfsmittel ab, auch die Kinderpsychologie zieht er zur Aufhellung der Geschichte primitiver Naturvölker heran. Er beruft sich dabei auf das biogenetische Grundgesetz Haedkels, nach welchem das Einzelwesen von der befruchteten Zelle aus dieselbe Entwicklung durchmacht, wie in der Stammesgeschichte die Art, der es angehört. — Auf der letzten Ausstellung für angewandte Psychologie in Berlin 1912 nahmen die Kinderzeichnungen aus dem Lamprechtschen Seminare einen breiten Raum ein! —

Alles in allem sind in dem Lamprechtschen Buche, das ja nur eine Einführung sein soll, viele Dinge angedeutet, die auch von dem Arbeiter, der im Stande ist, über den bürgerlichen Standpunkt des Verfassers hinwegzusehen, mit Nutzen aufgenommen und zu tieferem Studium anregend wirken können!
Paul Lenzner.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Kassenbericht über das IV. Quartal 1912.

Am Beginn des 4. Quartals 1912 zählte der Verband 16782 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Quartals 299 mit und 97 ohne Eintrittsgeld, vom Militär zurück 88 und zugereist sind 944 Mitglieder.

Der Abgang verteilt sich wie folgt: Freiwillig ausgetreten 74, ausgeschlossen wegen Beitragsresten usw. 264, zum Militär gekommen 215, gestorben 35 und abgereist sind 1003 Mitglieder.

Am Schluß des Quartals waren demnach 16619 Mitglieder zu verzeichnen, wovon 15761 als Vollmitglieder einen Beitrag von 1,30 Mk. zahlen; 625 zahlen 1,00 Mk., 135 zahlen gemäß § 10 Absatz 2 b wöchentlich 0,80 Mk., der Krankenkasse allein mit einem Beitrag von 0,45 Mk. gehören 49 an, während 40 einen wöchentlichen Beitrag von 0,40 Mk. für die Invalidenkasse und reserviertes Sterbegeld zahlen. Ferner befinden sich unter obigem Mitgliederbestand auch 9 weibliche Mitglieder mit einem Beitrag von 0,60 Mk. wöchentlich. Wir haben somit in diesem Quartal einen Rückgang von 163 Mitgliedern zu verzeichnen. Dieser ergibt sich daraus, daß in diesem Quartal 215 Mitglieder zum Militär gekommen sind, während im 3. Quartal nur 42 in Betracht kamen; also ein Mehr von 173 Mitgliedern im 4. Quartal, welche zum Militär eingezogen wurden.

Lehrlingsmitglieder waren am Beginn des Quartals 2322 vorhanden. Dem Zugang von 185 steht ein Abgang von 100 gegenüber, so daß am Schluß des Quartals 2407 Mitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgang befinden sich 53, welche ausgemerzt haben und in den Verband übergetreten sind.

Invaliden sind im Laufe des Quartals 14 und Witwen 13 hinzugekommen. Von den Invaliden sind 10 verstorben und 1 Invalide ist wieder arbeitsfähig geworden. Von den Witwen ist 1 Witwe verstorben und 4 haben auf ihren Antrag hin eine Abfindungssumme erhalten. Am Schluß des Quartals waren demnach 296 Invaliden und 320 Witwen zu unterstützen.

Arbeitslos waren am Ende des Quartals 643 und krank 311 Mitglieder. Neue Erkrankungen entstanden im Quartal 1080. Von dem Beitrag befreit waren während des Quartals insgesamt 3322 Mitglieder mit 17630 Wochen; und zwar waren wegen Arbeitslosigkeit 2047 Mitglieder 11753 Wochen, wegen militärischen Übungen 49 Mitglieder 121 Wochen und wegen Krankheit 1226 Mitglieder mit 5756 Wochen beitragsfrei.

Der Bestand der Mitgliedschaften, welche im 4. Quartal mit der Hauptkasse abrechneten, betrug 153.

Der Kassenbericht ergibt folgendes: Die Einnahmen betragen 365621,76 Mk., darunter für sonstige Einnahmen in der Hauptkasse 98274,23 Mark. Unter diesen befinden sich 3576,13 Mk. für Zinsen, 430,70 Mk. Inserate und Abonnements der Gr. Presse, 542,70 Mk. alte Streiksteuer von 1906, 306,40 Mk. Extra-

steuer 1910/11, 77801,87 Mk. für Weihnachts- und Neujahrsunterstützung 1911/12 an die Ausgesperrten und Unterstützung vom Ausland 15616,43 Mk. Die Ausgaben betragen 597947,94 Mk., darunter für sonstige Ausgaben in der Hauptkasse 126749,35 Mark. Unter diesen befinden sich: Für Agitation 710,45 Mk., für die Zentralkommissionen (Arbeitsnachweis, Tarifamt, Konferenzen etc.) der Lithographen 12,12 Mk., Chemigraphen 1951,10 Mark, Lichtdrucker 153,99 Mk.; Formstecher 94,65 Mk., Photographen 383,99 Mk.; für Zuschuß Gau Cöln 183,91 Mk. und Frankfurt a.M. 100,00 Mk., Beitrag an die Generalkommission 601,24 Mk., für internationalen Beitrag 894,50 Mark und zurückgezahltes Darlehen 121663,40 Mark. Unter Lohnbewegungen sind 277457,63 Mark als Restbetrag für die Aussperrung verrechnet. Die sonstigen Ausgaben in den Mitgliedschaften von 4496,96 Mk. bestehen in Agitation und Kartellbeiträgen. Für Krankenunterstützung sind in diesem Quartal (inkl. Lehrlingsabteilung) 49676,20 Mk. gegen 54471,40 Mark im 3. Quartal, für Arbeitslosenunterstützung (inkl. militär. Übungen) 45034,11 Mk. gegen 44502,89 Mk. im 3. Quartal ausgegeben. Bei der Witwenunterstützung von 12826,98 Mk. ist zu bemerken, daß sich unter diesem Betrag 1275,00 Mk. für Abfindung an 4 Witwen befinden.

Der Barbestand des Verbandes (inkl. Kassenbestand in den Mitgliedschaften von 45213,93 Mk., welcher als Vorschuß in den Mitgliedschaften zurückbehalten ist) betrug am Schluß des 4. Quartals 206287,68 Mark.

Der Hauptvorstand.

Übersicht über die Gesamt-Einnahmen und Gesamt-Ausgaben im IV. Quartal Oktober - Dezember 1912.

Einnahmen:		Mk.	Pf.
Für 299 Eintrittsgelder	à 1,30 Mk.	388	70
" 195403 Wochenbeiträge	à 1,30 "	254023	90
" 7995 "	à 1,00 "	7995	—
" 1727 "	à 0,80 "	1381	60
" 600 "	à 0,45 "	270	—
" 397 "	à 0,40 "	158	80
" 74 "	à 0,60 weiblich	44	40
" 29262 "	à 0,10 von Lehrlingen	2926	20
" Strafgeelder und Portoeinsatz		33	48
" sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften		125	45
" " " der Hauptkasse		98274	23
Summa:		365621	76
Kassenbestand vom 3. Quartal 1912 in den Mitgliedschaften		43138	50
" " " 3. Quartal 1912 in der Hauptkasse		395475	36
Summa:		804235	62

Ausgaben:		Mk.	Pf.
Für Lohnbewegungen		277837	23
" Maßregelungsunterstützung		828	90
" Rechtsschutz		94	10
" Umzugskosten		4820	16
" Reiseunterstützung		5996	07
" Arbeitslosenunterstützung		44392	56
" Unterstützung bei militär. Übungen		641	55
" Krankenunterstützung		48149	20
" " für Lehrlinge		1527	—
" Invalidenunterstützung		21675	45
" Witwenunterstützung		12826	98
" Sterbegeld für Mitglieder		3250	—
" " Mitglieder-Frauen		550	—
" Verwaltungskosten in den Mitgliedschaften		11739	54
" " der Hauptkasse		4373	32
" Honorar in den Mitgliedschaften (3% der Vollbeiträge)		6811	32
" Gehalt der Angestellten (inkl. Redakteur u. Pension Dietrich)		8168	75
" Graph. Presse und Graph. Rundschau		10487	85
" Gaubeiträge (1% der Vollbeiträge)		2531	65
" sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften		4496	96
" " " der Hauptkasse		126749	35
Summa:		597947	94
Kassenbestand am Schluß des 4. Quart. 1912 in den Mitgliedschaften		45213	93
" " " " " 4 " " " in der Hauptkasse		161073	75
Summa:		804235	62

Berlin, den 20. Juni 1913. Wilh. Brall, Hauptkassierer.

Für die Revisoren:

Für den Vorstand:
Otto Sillier, Paul Lange.

Paul Magel, Treptow b. Berlin, Franz Trapp, Paul Günther.
Baumschulenstr. 67.

Zur Generalversammlung.

X.
Während einerseits die Wogen der Begeisterung für den Zusammenschluß aller graphischen Verbände — und um diesen kann es sich doch m. E. nur handeln — in einem Kreise unserer Kollegenschaft besonders hoch gehen, ist andererseits auf ziemlich ruhiger See gänzliche Windstille zu beobachten, die nicht einmal als Ruhe vor dem Sturm zu deuten ist. Gegenüber dem an und für sich löblichen Bestreben jener Kreise, mit dem großen Aufwand von Begeisterung und Arbeit, der auf die Propagierung des Zusammenschlußgedankens verwendet wird, kann man in Anbetracht der zur Zeit unüberwindlichen Hindernisse und Widerstände, die aus der Verschiedenartigkeit der in Betracht kommenden Verbände erwachsen, in gut voraus zu sehen der Weise nur deren Unwirksamkeit bedauern. Die Gegner, oder sagen wir die Minderbegeisterten einer solchen, jedenfalls ganz unzeitigen Propaganda — die dennoch warme Befürworter des Zusammenschlusses sein können — fürchten, daß diese weder zu Nutz und Frommen der einzelnen Verbände, noch zum Vorteil eines baldigen Zusammenschlusses beiträgt, sondern daß eine unwirksame und deshalb verfehlte Propaganda nur

den Ernst der Sache gefährden und die Möglichkeit einer späteren Verständigung um einiges hinauschieben könnte. Das ist insofern gut erklärlich, als die Argumente der noch jetzt vorhandenen Widerstände und Gegensätze der beiderseitigen Organisationen (der Buchdrucker einerseits, der anderen Verbände andererseits), deren Diskutierung jetzt in breiter Öffentlichkeit vor sich geht, leicht sich in den Köpfen der einzelnen Mitglieder (namentlich der Buchdrucker) festsetzen und so später bei einer verhältnismäßig günstigeren Konstellation der Sachlage und größeren Chancenreife des Zusammenschlußgedankens dann zu Unrecht wieder auflackern und zum hindernden Vorurteil werden könnten. Zum mindesten könnte die Mühe der langsamen Vorarbeiten, die ohnedem immerzu geschehen, dem Mißmut Platz machen, wenn jetzt die Sache der großen Propaganda im Sande verläuft. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß andere Mitglieder der beiderseitigen Verbände eine dem Zusammenschluß günstige Meinung bekommen, deren Gewicht aber keinesfalls die Abneigung des Gros der Zweiteilenden, namentlich der Buchdrucker, aufzuwiegen im Stande ist.

Diese Widerstände, von den Gegensätzen der beiderseitigen Organisationen ausgehend, die sich jetzt noch wie Berge von ansehnlicher Größe vor

uns aufürmen, vermögen nun einmal mit der überschwänglich begeisterten Siebenmeilenstiefelart eines spontan aufflammenden Verschmelzungsfiebers, das die vorhandenen dunklen Punkte fast gänzlich übersehen läßt, schlechterdings nicht überschritten zu werden. Die Retusche der Aufhellung dieser dunklen Punkte kann allein durch einen bedingungslosen Lichtglauben nicht geschehen. Weder mit den schönen und guten Vorsätzen, mit denen dieser Weg gepflastert ist, noch mit dem idealen Redespruch, der im guten Willen schon den gangbaren Pfad zum Ziele sieht, sind diese nur zu realen Widerstände so plötzlich aus der Welt zu schaffen.

Sehen wir uns z. B. — abgesehen von allen sonstigen Verschiedenheiten und Gegensätzlichkeiten — die Stellungnahme der in Frage kommenden einzelnen Verbände zur Kampfpraxis, Tarifpraxis u. a. an, so springt uns die von den andern weit abstehende »überlegene« oder »vorgeschrittelene« Taktik« des Buchdruckerverbandes sofort in die Augen. Es besteht kein Grund, über diesen Gegensatz, wo alles sonstige des langen und breiten erörtert wird, zu schweigen.

Es selen darum zur Illustrierung der angeschnittenen Sache einige Zitate erlaubt: »Während es bei den anderen Organisationen darauf ankommt, die Gegensätze zwischen Unternehmern und Ar-

beltern hervorzuheben, sah sich der Buchdrucker-
verband, als älteste Gewerkschaft, zu praktischem
Handeln in der Lohnpolitik gedrängt. (Döblin in
der 50jährigen Jubiläumnummer des »Korr.«) —
»Das Buchdruckergewerbe ist mit dem Geistes- und
Wirtschaftsleben aufs engste verbunden« und darum
»steht die berufliche Tätigkeit des Buchdruckers
in unlösbarem Zusammenhange mit den jeweils
wichtigsten geistigen und sozialen Strömungen.
Das ist die Erklärung (mit Einschluß der meist
etwas einsichtigeren Prinzipalität. D. V.) der expo-
nierten Stellung, die das Buchdruckerorgan inner-
halb des Rahmens der gesamten Arbeiterpresse
einnimmt.« (Schäffer in derselben Nummer.) — Wie
sieht es nun bei uns? Auch wir sind doch sozu-
sagen das Produkt unserer Verhältnisse, einmal
unserer staatsbürgerlichen, dann unserer beruflichen
und gewerkschaftlichen Erfahrungen und Betätig-
ungen. Uns zwingt die Stellungnahme unseres
Schutzverbandes, die Haltung unserer Regierung
in der Zoll- und Handelspolitik, die uns so schwere
Opfer auferlegt, sowie unsere niedere Lebens-
haltung infolge des geringen Lohnes u. a. m. zu
der etwas schärferen Tonart und Maßnahmetaktik.
Ähnlich ist es bei den anderen Verbänden; auch
sie zwingt ihre wirtschaftliche Lage und ihr beson-
deres berufliches Verhältnis zu der von ihnen ver-
tretenen taktischen Stellungnahme. »Wohl haben
alle gewerkschaftlich aufgeklärten Arbeiter die
gleichen Ziele und Grundsätze. Aber zu gern schabloni-
siert man und sieht sogar vielfach der gewerkschaft-
lichen Weisheit letzten Schluß darin, alle
Arbeiter in eine einzige Gewerkschaftsorganisation
hinein zu sperren. Man übersieht, daß fast jeder
Beruf seine Eigenheiten hat und darum den Ar-
beitern zur Durchsetzung ihrer Ziele eine besondere
Taktik aufzuzählen!« (Schnetter in dem Artikel: »Der
Wille zur Bildung.« In Nr. 23 des Jahrgangs 1910
der Graphischen Presse.) Diese Zitierung eines
Artikels des Kollegen Schnetter soll ihm hier keines-
wegs als Inkonsequenz gegenüber seinem jetzigen
Verhalten angekreidet, noch sonstwie übel gedeutet
werden. Die Zeiten und die Verhältnisse ändern
sich und wir ändern uns mit ihnen. Der Inhalt
jenes Artikelabsatzes richtet sich ja auch gegen die
übertriebenen einseitigen Bestrebungen, die die
ganze Arbeiterschaft in eine einzige Gewerkschafts-
organisation hineinzwingen wollen, und wäre somit,
wenn man ihn für das jetzige Verhältnis anführen
wollte, deplaziert. Aber gesagt muß werden, daß
ähnliche Gedanken und Bedenken auch heute,
wenn auch nicht in dem Maße und in weniger aus-
schließendem Sinne, zutreffen. Denn wohl macht
auch die Gewerkschafts-Geschichte oftmals zwei
Schritte vor und einen zurück, aber vor logischen
Bodensprüngen hütet sie sich.

Die Separatorganisation eines Berufszweiges
verliert als solche wohl in dem Maße an Daseins-
berechtigung, als die Zahl der Mitglieder sich dem
Höchstpunkt der Organisationsfähigkeit nähert und
sie auch sonst ihren Aufgaben-Zweck erfüllt, die
Organisation selbst aber in ihrer weiteren Aus-
wirkungsmöglichkeit durch die Enge der Berufs-
grenzen behindert. Das trifft wohl auch bei einer
Organisation zu, die verschiedene Berufsgruppen
umfaßt und eigentlich gewissermaßen schon einen
Industrieverband an sich darstellt. Ob aber bei
den einzelnen Verbänden des graphischen Gewerbe-
zweiges heute schon jene Aufgabenzwecke und
-Grenzen erreicht sind (bei den Buchdruckern noch
am ehesten), ist eine andere Frage. Aber selbst
wenn das nicht so sehr in Frage käme, oder bei
den einzelnen Verbänden bereits erfüllt wäre:
die Eigenartigkeit eines jeden und die Verschiedenheit
untereinander bliebe bestehen und diese müßten
wiederum sich im Laufe der Zeit nach eigenen Ge-
setzen zu vor einigermassen ausgleichen, ehe sie über
sich selbst hinaus sich den Weg zu neuen Auswirkungs-
möglichkeiten bahnen. Ein Hinwirken darauf geht wohl
auch heute schon langsam vor sich, hat aber jetzt noch
nicht den Grad von Bedeutung erlangt, um als Aus-
gleichsmöglichkeit gelten zu können.

So wird man erkennen, daß die notwendigen
Voraussetzungen einer einigermaßen harmonischen
Ehe zwischen den beiderseitigen Verbänden aus
den angeführten Gründen zur Zeit noch nicht ge-
geben sind. Man glaube auch nicht, daß allein durch
die Vollstreckung des Kopulieraktes die Verhält-
nisse harmonisch werden. Selbst bei einer kaum
noch angelegten Vernunft- oder Zwangsheirat
würde die Möglichkeit eintreten, daß die lieben
Nachbarn gar bald über ganz heimliche oder un-
heimliche Dinge tuschelten. Das kommt freilich auch
bei den besten Familien vor, aber — hier freut sich
jeder besonders der dritte, wenn zwei sich streiten.
Da verschiebt es auch nichts, ob die Heirat freie Liebe
(föderative Grundlage) oder eine sanktionierte (zentra-
listische) wäre. Sie bliebe eine Metastallone.

Allen Nutzen und alle Vorteile zugegeben, doch
den gegebenen Tatsachen, den Umständen und
Verhältnissen Rechnung tragend, wird man sich
wohl oder übel damit abfinden lassen und die
Begelsterung, obwohl sie keine Heringsware ist, ein-
pökeln auf spätere Jahre. Wollte man diese unreife
Frucht frühzeitig pflücken, dann kann sie nur sauer
schmecken. Sollten sich aber, vielleicht eher als man
denkt, die Verhältnisse bei den Buchdruckern ändern
(siehe die rheinischen Buchdrucker-Scharmacher
bei der Arbeit), so wäre damit in diesem (m. E.
Kardinal-)Punkte die Vorbedingung einer Verbin-
dung eher gegeben. Gleiche Gegnerschaft schafft

die gleichen Widerstände. Der dann ebenfalls in
den Bereich des Möglichen gerückte, vielleicht gleich-
zeitige Vorgang der Koalition der Buchdrucker-
scharmacher mit unserm Schutzverband resp. die
Umwandlung ihrer seitherigen Organisationen in
eine G. m. b. H. (Gesellschaft mit beiderseitiger
Hilfeleistung) wäre dann allerdings ein Wehrmutst-
ropfen in den vollen Freudenbecher, der uns
jedoch schlechterdings nicht bange zu machen braucht.
Adolf Blum.

XI.

Der Kollege L. hat dem Kollegen W. N. E.
auf seinen in Nr. 25 der »Gr. Pr.« veröffentlichten
Vorschlag in Nr. 26 in trefflicher Weise geantwortet.
Wenn der Vorschlag des Kollegen W. N. E. zur
Annahme gelangte, wären die Angestellten fast zu
Mitgliedern zweiter Güte oder Klasse degradiert.
Die direkte oder indirekte Folge wäre, daß manche
Mitglieder die Tätigkeit unserer Angestellten noch
mehr unterschätzen, als sie es in ihrer Unkenntnis
von dem Wert dieser Tätigkeit jetzt schon tun.
Man hält die Angestellten vielfach für eine Art »not-
wendiges Übel«; die Leute werden ja bezahlt und
leisten nicht mehr, als sie müssen, ist heute die
sonderbare Ansicht mancher Kollegen. Diese rechnen
eben gar nicht mit den veränderten Zeitverhältnissen,
mit den veränderten Berufsverhältnissen; sie rechnen
nicht mit den offenen und geheimen Schutzverbands-
unternehmungen. Leider denken manche Kollegen,
es ist alles noch so, wie es früher war. An manchen
ist die ganze Entwicklung spurlos vorübergegangen,
sie können sich auch in die total veränderten Zeit-
verhältnisse nur schwer hineinreden, weil sie die
Führung mit dem großen Ganzen nicht haben, teils
auch gar nicht haben können, was ja durchaus kein
Vorwurf für manden sein soll.

Würde der Vorschlag des Kollegen Ehlers, der
ja mandes für sich hat, nach dem Vorschlage des
Kollegen W. N. E. ausgedehnt, so könnte es schließ-
lich soweit kommen, daß man von allen nicht mehr
im Berufe tätigen Kollegen annimmt, sie hätten
überhaupt keine Erfahrungen mehr und müßten
deshalb ausgeschaltet, gewissermaßen »kaltgestellt«
werden. Ist doch bei manchen Mitgliedern schon
jetzt die ganz besondere und eigenartige Meinung
vorhanden, daß (unbesoldete) Verbandsfunktionäre,
die nicht mehr im Berufe tätig sind, nun keine
Führung mehr mit den in den Geschäften arbeiten-
den Kollegen hätten. Direkt wird ja einem solchen
Verbandsfunktionär das nicht gesagt. Aber so auf
den Bierbänken gibt mancher Kollege, dem dieses
oder jenes nicht paßt, seinen Gefühlen freien Lauf,
vielleicht in der Hoffnung, daß der betreffende
Verbandsfunktionär es nun doch erfahren würde.

Nun liegen die Dinge aber mit der »Führung« im
Berufsleben denn doch in Wirklichkeit ganz anders.
Während die im Berufe tätigen Kollegen meist nur
»Gefühl« für das Geschäft haben, in welchem sie
arbeiten, sofern eine »Führung« der Kollegen eines
Geschäfts untereinander überhaupt vorhanden ist
und nicht jeder einzelne seine eigenen Wege geht,
haben die Verbandsfunktionäre stets Führung mit
dem großen Ganzen am Orte und auch außerhalb.
Ebenso haben die Angestellten im Hauptvorstand und
die Gauvorstände durch die örtlichen Verbands-
funktionäre stetige Führung mit dem großen Ganzen.

Nach meiner Meinung, die sich auf reichliche, lang-
jährige Erfahrungen stützt, müßten Gautage, General-
versammlungen usw. möglichst in der Mitte des Gaus
oder des Reiches stattfinden, und auch so viel als nur
möglich immer Zuhörer aus den einzelnen Mitglieds-
schaften und abseits gelegenen Orten zu diesen
Tagungen gehen. Selbstverständlich nicht alle als Dele-
gierte, sondern — besonders aus kleineren und mitt-
leren Orten — als Gäste. Zum Exempel: Schon das
dritte Mal findet der Parteitag in Jena statt. Dieser
Ort in Mitteleuropa scheint sich also bestens be-
währt zu haben. Warum könnten unsere Generalver-
sammlungen nicht auch in solchen zentralgelegenen
Orten stattfinden? Für manche Kollegen wäre die
Ermöglichung des Besuches eines Gautages oder
einer Generalversammlung nur von Vorteil, denn
mander, der Interesse für das Gewerkschaftsleben
hat, könnte nur lernen, und das wäre im Interesse
unseres Verbandes und unserer Mitglieder sehr zu
wünschen, auch sehr nützlich und gut.

Es ist mir noch erinnerlich, daß sich Gäste —
wenn ich mich recht erinnere, waren es Berichts-
eratter für die Parteipresse — über unsere Ham-
burger Generalversammlung sehr günstig geäußert
hatten. Auch hatte sich ein s. Z. von unseren
Weimarischen und Leipziger Gautagen in seine
Kleinstadt zurückkehrender Delegierter gelegentlich
der Berichterstattung geäußert: »Er wünschte nur,
daß mehreren Kollegen Gelegenheit geboten wäre,
solchen Tagungen beizuwohnen, denn da kann
man doch noch etwas lernen!« Die möglichst weit-
gehende Schaffung dieser Gelegenheit müßte bei
der Wahl der Orte zu unsern Gautagen und
Generalversammlungen in erster Linie ins Auge
gefaßt werden.
J. Meier-Durst.

Gautag in Brandenburg a. H.

Am Sonntag, den 15. Juni 1913 hielt der Gau I
seinen fälligen Gautag im Volkshaus in Branden-
burg a. H. ab. Anwesend waren 19 Delegierte aus
17 Zahl- und 2 Nebenstellen, je 1 Vertreter des
Hauptvorstandes und des Gauvorstandes.
Der umfangreiche, vom Kollegen Czech noch
durch einige Mitteilungen ergänzte Geschäftsbericht

für die Zeit vom September 1911 bis Ende Mai 1913
gab ein umfassendes Bild register Verbandsstätigkeit
im ganzen Gau. Mit Ausnahme einer Mitgliedschaft
konnte auch in dieser Geschäftsperiode ein
erfolgreiches und angenehmes Zusammenarbeiten
zwischen den örtlichen Vorständen und dem Gau-
vorstande konstatiert werden. Auf Veranlassung
des Hauptvorstandes in allen Mitgliedschaften vor-
genommene außerordentliche Kassenrevisionen
gaben zu Beanstandungen keinen Anlaß. Für 66
Versammlungen der Mitgliedschaften — mit Aus-
nahme Berlins — hatte der Gauvorstand Referenten
gestellt. Es wurden teils fachtechnische, teils wissen-
schaftliche Themen behandelt, in 18 Versammlungen
waren Tarif- und Lohnbewegungen, in 17 die Aus-
spernung Gegenstand der Referate. In 3 Orten
wurden auf dem Wege der Verhandlung Tarife
abgeschlossen, und zwar in Danzig und Stettin
Tarifierneuerungen, in Posen überhaupt ein neuer
Tarif. An allen 3 Orten brachten sie den Kollegen
Verkürzungen der Arbeitszeit und allgemeine Lohn-
zulagen. Letztere konnten auch für 30 Kollegen in
Brandenburg a. H. erreicht werden, während in
Tilsit eine Firma mit uns in ein Vertragsverhältnis
trat. Entsprechend einer Anregung des Gautages
in Stettin wurden den Mitgliedschaften zur besseren
Ausgestaltung ihrer Bibliotheken 77 Bücher über-
wiesen, wobei nur Orte berücksichtigt wurden, an
denen keine Zentralbibliotheken der Gewerkschaften
bestehen.

Aus dem eingehenden Bericht über die Aus-
spernung sei hervorgehoben, daß in unserem Gau
826 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen waren,
und zwar in Stettin 43, in Kirchhain 18, die übrigen
in Berlin. In Stettin und Kirchhain wurden nach
Beendigung des Kampfes sämtliche Kollegen sofort
wieder eingestellt, während in Berlin namentlich
die Lithographen noch bis heute unter einer an-
schließenden schlechten Konjunktur zu leiden haben.
113 Lithographen mußten im Jahre 1912, 41 bis
zum 1. Mai in diesem Jahre ihrem Beruf den
Rücken kehren, da ein Unterkommen nicht möglich
war. Erfreulich ist das rege Interesse, das sich
allenthalben unserer Lehrlingsabteilung gegenüber
bemerkbar macht, und bei dem Drange nach fach-
licher und allgemeiner Weiterbildung zu den schön-
sten Hoffnungen berechtigt. Dagegen ist die Agitation
unter den Photographen auch heute noch eine
ebenso schwierige und undankbare Aufgabe wie
in früheren Jahren. — Unsere Gaukasse verfügte
am Schluß des Berichtsjahres über einen Barbestand
von 807,35 Mk.

In der sehr regen Diskussion gaben noch die
Stettiner Delegierten mündlich ihren Gedruckt nicht
vorliegenden Bericht für Stettin und Stalsund; bei
dieser Gelegenheit konnten auch einige persönliche
Differenzen zwischen dem Gauvorstand und den
Stettinern geschlichtet werden. Im allgemeinen war
man mit der Tätigkeit des Gauvorstandes voll und
zufrieden; die Entlastung erfolgte einstimmig.

Zum III. Punkte der Tagesordnung gab Kollege
Czech ein sorgfältig ausgearbeitetes Referat über un-
sere letzten Kampf und seine Lehren und er wurde
hier vom Kollegen Haß wirkungsvoll unterstützt.

Naturgemäß wurde dann eine längere Zeit der
Tagung ausgefüllt mit unserer Stellungnahme zur
Verbandsgeneralversammlung und der Beratung
vorliegender Anträge. Ein Teil dieser Anträge will
Lücken ausfüllen, die sich im Laufe der Jahre bei
der praktischen Anwendung unseres neuen Statuts
gezeigt haben. Ein anderer Teil wiederum beschäf-
tigt sich mit einer Reorganisation unserer leitenden
Körperschaften und gibt neue Anregungen und
Wege, noch mehr als bisher im Interesse der ge-
samten Kollegenschaft tätig sein zu können. So
verlangt ein Antrag, zur genaueren Beurteilung der
Entwicklung unseres Berufes eine bessere Pflege
der Berufsstatistik und zwar soll diese Statistik
alljährlich an einem bestimmten Stichtage aufge-
nommen werden. Weiter soll eine Sammelstelle
für Druckerzeugnisse geschaffen und dem Haupt-
vorstande angegliedert werden. Die riesenhafte
technischen Umwälzungen in unserm Berufe gerade
in den letzten Jahren machen diese Sammlung zu
einer unbedingten Notwendigkeit. Sie muß auch
allen Gauvorständen als Erläuterung von fachtech-
nischen Vorträgen zur Verfügung stehen. Die Photo-
graphen verlangen in einem Antrage, eine größere
Aufmerksamkeit gerade dieser Branche zu widmen
und bitten um eine erweiterte Agitation.

Nachdem Kollege Czech einstimmig zum Gauleiter
wiedergewählt war und als Tagungsort des nächsten
Gautages Danzig bestimmt wurde, konnte Kollege
Haß die anregende und interessante Sitzung
schließen.
P. F.

Gautag in Mainz.

Am 14. und 15. Juni tagte in Mainz der Gautag
des Gaus VII, Frankfurt a. M.-Mainz. Vertreten
waren 9 Mitgliedschaften mit 16 Delegierten. Dazu
waren 5 Gauvorstandsmitglieder und als Vertreter
des Hauptvorstandes Kollege Hermann Müller an-
wesend, insgesamt 22 Delegierte.

Zum gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht gibt
der Gauvorsitzende Kollege Beyer noch eine münd-
liche Ergänzung über die Tätigkeit des früheren
Gauvorsitzenden, woran sich eine weitgehende
Aussprache schließt. Zum Kassenbericht, der eben-
falls gedruckt vorliegt, werden von einzelnen Rednern
Einwendungen nur über die Kosten des stattge-

fundenen Gauausfluges nach Babenhausen gemacht. Zu dem Bericht des *Gauarbeitsnachweisverwalters* sei nur gesagt, daß sich das Melde- und Kontrollwesen etwas gebessert, sowie die Inanspruchnahme des Nachweises durch die einzelnen Firmen vermehrt hat.

Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung: »Die jetzigen Verhältnisse im Gau« ergab eine umfassende Debatte, in der hauptsächlich die Maßnahmen zu einer Besserung des Verbandslebens erörtert wurden. Neumann-Offenbach weist auf die Ursachen der Gleichgültigkeit hin und stellt fest, daß einesteils der Ausgang der letzten großen Bewegung schuld sei, bei der die Erfolge in gar keinem Verhältnis zu den gebrachten Opfern ständen. Dann fehle weiter die ständige Anregung durch den Hauptvorstand; auch sei eine Vereinfachung der Verwaltungs- speziell der Kassengeschäfte dringend erforderlich, um den Funktionären mehr Zeit zur praktischen Agitation zu lassen. Zu dieser Verwaltungsreform möge der Hauptvorstand unter Hinzuziehung von Sachverständigen der Generalversammlung Vorschläge unterbreiten. Rothe-Darmstadt spricht an Hand der Lohnstatistik über die dortigen Verhältnisse, insbesondere behandelt er die Formstecher in Griesheim b. D. und deren ungünstig hohe Lehrlingszahl. Schnellbacher-Hanau wünscht Modernisierung des schriftlichen Verkehrs; individueller brieflicher Verkehr des Hauptvorstandes gegenüber den Mitgliedschaften sei notwendig. Er kommt dann auf die stattgefundene Hanauer Tarifbewegung zurück und bedauert das Einschreiten des Hauptvorstandes, das ein wirklich konsequentes Vorgehen verleiht habe, wodurch sich die Erfolge verringern mußten. Beyer-Frankfurt tritt gleichfalls für Vereinfachung ein, glaubt jedoch auf die Notwendigkeit der Kontrolle hinweisen zu müssen. Weiter seien vertraulich zu behandelnde Mitteilungen nur brieflich zu geben. Als Beispiel für die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenschlusses führt er an, daß in der Firma May in Frankfurt wegen schlechter Geschäftslage bereits eine größere Anzahl jüngerer Lithographen gekündigt wurden, denen ältere Kräfte noch folgen würden. Hier sei der Beweis wieder einmal gegeben, daß die Hoffnungen auf Lebensstellung nur trügerisch seien und nur der Verband den Kollegen in wirtschaftlicher Not eine materielle Stütze bieten könne. Jehliche-Neu-Isenburg will, daß der Gauvorstand dauernde Fühlung mit den Mitgliedschaften nimmt; aus diesem Grunde erklärt er sich für Trennung der Geschäfte des Gauvorsitzenden und des Frankfurter Filialvorsitzenden, um dem Amt des Gauvorsitzenden eine volle und ungeteilte Kraft zu erhalten. Kollege Müller-Berlin betont, daß die Ursachen der daniederliegenden Verbandstätigkeit weniger in dem Abschluß der Bewegung zu suchen sei, sondern in dem steten Niedergang unseres Gewerbes, speziell der Lithographie. Dieser sei der Kurzichtigkeit des Schutzverbands zuzuschreiben, der nicht nur die Mustersalson verstreiden ließ, sondern sogar auf ein Jahresgeschäft verzichtete, ohne zu bedenken, daß er damit die Aufträge dauernd an das Ausland abgebe, das, wie die Geschichte der Zölle beweise, sowieso schon bestrebt sei, die Aufträge an sich zu ziehen. In Berlin sei die Zahl der beschäftigten Chromolithographen seit einigen Jahren um 40 Proz. verringert worden, von denen eine große Anzahl nach dem Ausland abgewandert sei. Er rechtfertigte dann die Taktik des Hauptvorstandes gegenüber kleinen Streiks. Die Durchführung einer Reorganisation des Hauptvorstandes sei ebenfalls notwendig. Eine Verwaltungsreform sei infolge der vorhandenen Kasseneinrichtungen und der gemachten Verschmelzungskonzessionen nur mit Schwierigkeiten verbunden. Die ausgeschriebenen Weihnachtsbeiträge von 1911 sieht Redner in moralischer Hinsicht unbedingt als Pflichtbeiträge an. Eine Einziehung der Streikmarken von 1906 sei gänzlich ausgeschlossen, bevor nicht sämtliche Beiträge bezahlt sind. Ohne Einnahmen keine Gewerkschaft. — Folgende Resolution Ugi-Rothe-Darmstadt wird einstimmig angenommen: »Der heutige Gautag nimmt Kenntnis von den Mißständen im Formstechergewerbe, speziell in Griesheim b. D., das eine übergroße Zahl von Lehrlingen und Hilfsarbeitern aufzuweisen hat. Der Gautag verpflichtet den Hauptvorstand und die Zentralkommission der Formstecher, sofort alles Notwendige zur Abstellung dieser ungesunden Verhältnisse in die Wege zu leiten. Ganz besonders muß mit allen Mitteln beim nächsten Tarifabschluß versucht werden, eine feste Lehrlingskala einzuführen.«

Über den nächsten Punkt: »Stellungnahme zur Schaffung eines graphischen Gewerkschaftsbundes« referierte Kollege Schnellbacher-Hanau. Er wies nach, daß eine Verständigung bisher an der Stellungnahme der Buchdrucker gescheitert sei. Da diese wohl mit Rücksicht auf ihr großes Kassenvermögen in nächster Zeit nicht zu gewinnen seien, so müsse mit allem Nachdruck eine Verbindung der übrigen graphischen Verbände angestrebt werden. Dann wäre immerhin ein großer Fortschritt erreicht und die noch abseits stehenden Buchdrucker würden sich dann später anschließen. Überdies sei ein Nachteil, der ohne die Buchdrucker im Bunde entstehen könnte, bisher von keiner Seite nachgewiesen worden. Der Ausgangspunkt dieser Propagierung müsse aus den Mitgliederkreisen selbst kommen, falls oben nichts getan werde. Redner verurteilt die vielen Unterstützungseinrichtungen, die den

gewerkschaftlichen Gedanken nicht aufkommen lassen. Er schließt zusammenfassend, es müssen alle Kräfte dahin arbeiten, in Zukunft jede Möglichkeit der Verrichtung von Streikarbeit in unseren eigenen Reihen zu unterbinden. — In der Diskussion vertrat Kollege Müller-Berlin im Gegensatz zu Schnellbacher die Ansicht, daß gerade während der letzten Bewegung die Unterstützungseinrichtungen das beste Bindemittel innerhalb des Verbandes waren. Infolge der jetzigen Kassenverhältnisse sei es schwierig, die Initiative zur Schaffung des graphischen Bundes zu ergreifen, da der Eindruck des nur Hilfesuchenden vermieden werden müsse. Auch ein Industrieverband könne die Streikarbeit nie gänzlich verhindern, da dem die einzelnen Tarifabschlüsse entgegenstehen. Die Konsequenz wäre dann, keine Tarife mehr einzugehen, doch sei dieser Standpunkt heute wohl kaum haltbar. In dem bei uns so plötzlich auftauchenden Elfer für die Gründung des Industrieverbands sei überhaupt die Prüfung der Frage, wie der Industrieverband speziell auf unsere Verhältnisse wirken werde, zu kurz gekommen. Verschiedene Vorkommnisse bei der letzten Bewegung geben da durchaus zu denken. Sei aber der Industrieverband wirklich der große Fortschritt, dann sei es auch an der Zeit, zu prüfen, ob es nicht auch ein Fortschritt sei, den Zusammenschluß selbst dann anzustreben, wenn die Buchdrucker abseits stehen sollten. Ohne genügendes Vermögen bleibe jedoch alles eben nur erstrebenswert. Kollege Schildbach als Gast und Vertreter des Mainzer Buchbinderverbandes bringt zu diesem Thema sein Für und Wider in sachkundiger Weise zum Ausdruck. Die Vorteile seien in kleineren Orten besonders in der Zusammenführung von sonst bedeutungslosen Gruppen und in der Vereinfachung der Verwaltung gegeben. Eine Möglichkeit der Verständigung wäre durch die Staffelung der Beiträge zu erreichen; dann müßte gleichfalls bei Tarifabschlüssen die Möglichkeit der Solidarität berücksichtigt werden. Die Nachteile eines Industrieverbandes wären dann sicher in der Agitation zu verzehnen; es sei schwerer, neue Mitglieder für diesen gemischten Verband als für einen reinen Berufsverband zu gewinnen. Dem Kollegen Müller hält er entgegen, daß bei einer Verschmelzung spätere Kämpfe wohl umfangreicher, dadurch aber auch bedeutend abgekürzt würden. Auch der nächste Redner, Kollege Müller vom Mainzer Hilfsarbeiterverband, äußert sich ähnlich und tritt zumindestens für Verbindung der Hilfsarbeiter mit den Buchbindern ein. In seinem Schlußwort betont Schnellbacher gegenüber Müller-Berlin, daß das Kassenverhältnis kein Hinderungsgrund für eine Verständigung sein dürfe. Auch die Tarifverträge seien wohl nützlich, hindern aber auch die Fortentwicklung der Löhne. Folgende Resolution Neumann-Offenbach wird einstimmig angenommen: »Der heutige Gautag des Gau Frankfurt a. M.-Mainz hält die Schaffung eines graphischen Bundes für notwendig und fordert von der Generalversammlung in Stuttgart, dem Hauptvorstand den Auftrag zu erteilen, mit den in Frage kommenden Verbänden erneut in Verhandlungen zu treten. Sollten die Buchdrucker sich ablehnend verhalten, so ist die Schaffung auch ohne diese herbeizuführen.«

Sodann hielt Kollege Rebholz-Frankfurt ein Referat über den *Chemigraphen-Tarif*. Er spricht über die Gründe, die zum Tarifabschluß führten. Ein Mißstand sei die Helmarbeit der Retuscheure, namentlich der übergetretenen Lithographen. In der Diskussion wünscht man beim Neuabschluß Reduzierung der Photographenlehrlinge sowie tarifliche Regelung der Ferienfrage. Ferner wurden besonders die Lithographen gewarnt, sich während der Tarifierneuerung als Überläufer anwerben zu lassen. Über die *Stellungnahme zur Generalversammlung in Stuttgart* referierte Kollege Müller-Berlin. Hervorzuheben ist der Punkt über die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe. Es soll eine Überwachungsstelle der neuesten Verfahren eingerichtet werden. Auch die Lehrlingsorganisation wird erneut behandelt werden. Diese Generalversammlung kennzeichne sich dadurch, daß fast nur Fragen innerer Verwaltungsart vorliegen.

Da eine Debatte nicht gewünscht wird, tritt man sofort in die *Beratung der Anträge* ein. Ein Antrag Frankfurt I will einen besseren Ausgleich der Unterstützungssätze, besonders der Krankenunterstützung zu Gunsten der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Im prinzipiellen Teil wird dieser Antrag angenommen, während positive Änderungen vom Hauptvorstand durch rednerische Unterlagen in Vorschlag zu bringen sind. Ein Antrag Offenbach verlangt, daß die Mitglieder verpflichtet sind, der Mitgliedschaft anzugehören, in der sie beschäftigt sind. Nach länger ergeblicher Aussprache wird dieser Antrag angenommen, desgleichen folgender Antrag Beyer-Frankfurt: »Der Gauvorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß sich die Mitgliedschaften Frankfurt I und II, Offenbach, Isenburg, Sprendlingen und ebenso Mainz und Wiesbaden zu einem einheitlichen organischen Ganzen zusammenschließen mit der Maßgabe, daß die Selbständigkeit der einzelnen, soweit nötig erhalten bleibt.« Zum Gautag selbst liegt ein Antrag Offenbach vor, nach dem der Gauvorsitzende nicht gleich Filialvorsitzender sein soll. Ein noch weitergehender Antrag der Filiale Frankfurt II, der den Gauvorstand aus den 5 Ortsvorsitzenden der Frankfurter und der nächstumliegenden Mitgliedschaften zu-

sammengesetzt wissen will, wird mit großer Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag Offenbach.

Darauf wird der Gauvorstand in seiner Gesamtheit einstimmig *wiedergewählt*. An Stelle des ausscheidenden Arbeitsnachweisverwalters Kollegen Schmieler-Frankfurt wird Hoffmann-Frankfurt einstimmig gewählt. Dazu wird ein Antrag Schnellbacher angenommen: »Der Arbeitsnachweisverwalter kann dem Gauvorstand angehören.« Als Ort des nächsten Gautages wird Frankfurt bestimmt.

Unter dem Punkt *Verschiedenes* wünscht Frankfurt II eine Aussprache über die zentrale Regelung der Lokalkassen. Ferner wird von den Chemigraphen über die Wiedereinführung der Chiffre-Inserate in der »Graphischen Presse« debattiert. Als nächster Gauausflug ist eine Rheinfahrt in Aussicht genommen. Gewünscht wird noch, daß sich die Generalversammlung auch mit der Frage beschäftigen möchte, den Lehrlingen die Arbeiter-Jugend gratis zu liefern.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Der Gauvorstand gab einen Überblick über die geleistete Arbeit, dankte besonders den Mainzer Kollegen für ihre Aufmerksamkeit und schloß den Gautag mit einem Appell zum festen Zusammenarbeiten und mit einem dreimaligen, begeisterung aufgenommenen Hoch auf unseren Verband. H.

Die photomech. Fächer.

Schiefheiten.

Unser Artikel »Bis 36 Mk. (nicht höher)« hat die »Vereinigung deutscher Chemigraphen 1911« veranlaßt, sich in materielle und geistige Unkosten zugleich zu stürzen. Das erstere, der Druck der »Monatlichen Mitteilungen«, geht uns nichts an; dagegen muß auf die in 3 Artikeln versuchte Verschlebung der Tatsachen einiges erwidert werden. Und zwar mit Rücksicht darauf, daß etwa die Vereinigung wieder, wie schon öfter, an die tariffreuen Firmen ihr »Organ« verschiebt.

Einer der Gründe, die uns veranlaßten, das Rundschreiben der sogenannten »Graphischen Vereinigung der Prinzipale« in unserer Presse zu veröffentlichen und auch den Gehilfen in den gesperrten Firmen zugänglich zu machen, war der, zu zeigen, welche Angst die Besitzer tariffreuer Anstalten ergriffen, wenn sie hören, daß ihre Leute einer gewerkschaftlichen Organisation zugeführt werden sollen, ferner an einem deutlichen Beispiel darauf hinzuweisen, daß die unorganisierten Gehilfen der Sympathien »ihrer« Unternehmer nur sicher sind, wenn sie 36 Mk. und weniger verdienen. Die andern, die über 36 Mk. Lohn beziehen, soll ruhig die Organisation haben. Nichts als gerade das kann besser die Erklärungen der nichttariffreuen Unternehmer beleuchten, das lediglich die Konvention der Grund ihrer Abneigung gegen die Tarifgemeinschaft sei. Zur Illustrierung sei noch hinzugefügt, daß bis zum heutigen Tage nicht eine einzige Firma wegen Konventionalverstößen aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen wurde.

Aber weiter. Da wird behauptet, die 1911er Vereinigung sei unter dem Zwange entstanden, daß sich durch rigorose Anwendung der Konvention unheilvolle Zustände in unserm Gewerbe bemerkbar machten. Das ist einfach nicht wahr. Schon der nächste Artikler M. B. richtet diese Behauptung durch die andere Behauptung, daß die Preis-konvention überhaupt nicht eingehalten würde. Demnach müßte die Tarifgemeinschaft ja nur noch dem Namen nach bestehen, denn bei rigoroser Anwendung der Konvention hätten ja, wenn beide Behauptungen zuträfen, alle Firmen ausgeschlossen werden müssen. Man liefert uns damit den glatten Beweis, daß man drüber über Sinn, Zweck und Folgen der Konvention ebensowenig Bescheid weiß, wie über seine eigene Geschichte und das, was im Gewerbe vorgegangen ist. In der Gründungsversammlung der 1911er war mit keiner Silbe von der Preis-konvention die Rede. Der Herr Friedemann hatte ganz andere Gründe für die Notwendigkeit der Geburt des Verbandes der Nicht-verbänder. In seiner fulminanten 5 1/2 Minutenrede führte er an »die Herrschsucht und den Egoismus der Führer« des alten Verbandes, die ihn und seine Getreuen aus der Organisation hinausgetrieben hätten. Und wie sah es damit aus? Friedemann selbst, früheres radikales Verbandsmitglied, hatte sich als rigoroser Abteilungsleiter bei den Kollegen verhaßt und unmöglich gemacht und sich selbst durch Einstellung der Beitragszahlung ausgeschlossen. Über Alfred Schüll, den damaligen Arbeitsvermittler, gingen uns nach der Veröffentlichung seines Namens gleich von verschiedenen Orten Zuschriften zu über seine ehrenvolle Tätigkeit bei der 1906er Aussperrung als Lithograph und seine späteren Extravaganzen als Chemigraph. Ehe er Verbandsgründer wurde, war er in einer tariffreuen Firma tätig, kündigte selbst, und ging nach 8 Tagen in eine gesperrte Privatretusche, zu gleicher Zeit, als ihm in einer tariffreuen Firma eine gleichwertige Stellung nachgewiesen werden sollte. Der Dritte im Bunde, ebenfalls ein Positiv-Retuscheur, gab seine Stellung in einer Tariffirma, in der er durch organisierte Kollegen als Retuscheur ausgebildet worden war, freiwillig auf, weil er einen Gasthof übernehmen

wolle. Das war jedoch fauler Zauber, denn er tauchte sofort in einer gleichfalls gesperrten Privatretusche auf. Das sind die mehr oder minder an der Gründung der 1911er beteiligten Helden. Und wo ist der große Federstrategie Wiese geblieben? Den hat man wohl wegen Sperrebruchs in zweiter Potenz bereits aus der Vereinigung hinausbefördert? Bei keinem dieser Herren kann davon die Rede sein, daß er auch nur einen Schimmer von Nachteil durch die Konvention gehabt hätte. Es steht darum außer allem Zweifel, daß für sie rein egoistische Gründe unter Hintanzetzung der Interessen der Allgemeinheit für den Sperrebruch maßgebend waren. Der durch unbillige Verhältnisse entstandene Zwang zur Gründung eines neuen Verbandes gehört daher in das Reich der Fabel. Lediglich das eine war maßgebend für den Zusammenschluß der Unorganisierten, daß sie im Falle der Arbeitslosigkeit ohne jeden finanziellen Rückhalt waren. Erst später, als neue Leute in die Vereinigung kamen, die jedenfalls unter Gewissensbissen litten, weil sie als Gelbe galten, legte sich die Vereinigung das Aushängeschild »Kampf gegen die Preiskonvention« zu. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß das Häuflein abselbststehender Chemigraphen allein durch sein Vorhandensein der alten, großen Organisation die Gewerkschaftsarbeit zu erschweren sucht.

Als eine Annäherung der 1911er muß es auch bezeichnet werden, wenn sie die in einigen Firmen bestehenden erträglichen Verhältnisse auf ihr Konto setzen. Es sind nur sehr wenige Firmen, die von der Vereinigung mit Gehilfen besetzt sind. Ihr Gesamtmitgliederbestand soll sich zwischen 50 und 60 bewegen. Ähnliche Verhältnisse wie in den von der Vereinigung besetzten Firmen bestehen aber auch in ein paar andern Anstalten, in denen sie keinen Mann stehen hat. Woher kommt das? Nun, sehr einfach. In den tarifuntreuen Firmen ist infolge des festen Zusammenhaltes und der Tariftreue der bei uns organisierten Kollegen schon seit längerer Zeit ein Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen. Die außerhalb der Tarifgemeinschaft

sich befindlichen Betriebe müssen darum ihre getreuen Unterstützer immerhin einigermaßen rücksichtsvoll und entgegenkommend behandeln. Gerade in der letzten Zeit sind früher tarifunfreie Geschäfte tariffrei geworden, weil sie ihren Bedarf an Arbeitskräften weder in qualitativer noch quantitativer Hinsicht mit Unorganisierten decken konnten. Weiter wird uns glaubwürdig versichert, daß der Inhaber einer tarifunfreien Firma seine Gehilfen zusammengerufen habe, um ihnen zu erklären, daß jeder Lehrling, der sich renitent betrage, entlassen werden solle. Die Einstellung neuer Lehrlinge werde aber für die Folge ganz unterbleiben. Diese Maßregel wurde damit begründet, daß die Kundenschaft die Qualität der Arbeit bemängelt und das Sinken der Qualität darauf zurückführe, daß die Klischees in großem Maße von Lehrlingen angefertigt würden. Es sind daher ganz andere Gründe, als die angegebliche gewerkschaftliche Arbeit der 1911er, die es einigen nichttarifunfreien Unternehmern geraten erscheinen lassen, schön brav zu bleiben. Auch das ist nur ein Erfolg der Tarifgemeinschaft und unseres Verbandes, allerdings auf dessen Kosten. Die Unorganisierten einschießlich der 1911er ernten hier, wo sie niemals säten.

Nennen sie eine tariffreie Firma, ruft dann der eine Artikelschreiber aus, die die Tarifpreise hält, wir können uns dann geschlagen fühlen. Nun, solcher Firmen könnten wir mehrere nennen; und diese beschäftigen verschiedenemal soviel Gehilfen, als die 1911er Mitglieder haben.

Besonders dem zweiten und dritten Artikel, die sich hauptsächlich mit der Konvention beschäftigen, merkt man an, daß es den Schreibern erhebliche Schwierigkeiten gemacht hat, die Konventionsfrage so zu drehen, daß sie die gewünschte Deckung gibt. Zur besseren Wirkung werden darum einige Versammlungsberichte aus der Presse zitiert, die sich teilweise gar nicht, teilweise aber doch gegen die Konvention wenden. Doch weder unsern noch ihren Mitgliedern täuscht die Vereinigung damit etwas Neues auf. Es ist ganz natürlich, daß sich in unsern Reihen Konventionsgegner befinden, obwohl

auch diese, vor 10 und 5 Jahren vor die Entscheidung gestellt: hier Tarif mit Konvention — dort tariflose Zeit! nach unserer Überzeugung nicht mit dort, sondern mit hier gestimmt hätten. Wer einigermaßen Einblick in die Verhältnisse hat, wird anerkennen, daß die Tarifgemeinschaft auf der alten Grundlage ein Segen für das Gewerbe gewesen ist. Innerhalb der 10 Jahre hat sie sich von 55 Firmen mit 800 Gehilfen auf 157 Firmen mit annähernd 3000 organisierten Gehilfen entwickelt. Das kann man nicht so nolens volens abtun. Aber die Konventionsgegner bei uns weisen es entrüstet zurück, mit der »bestimmten Gruppe« außerhalb unserer Reihen in einem Zuge genannt zu werden. Das ist der große Unterschied. Vertreten diese ihre Überzeugung dort, wo sie hingehören, im Verbands, dem um die 90 Proz. der Gesamtgewerkschaft angehört, so haben jene aus allerlei Motiven dem Verbands den Rücken gekehrt, ihm zum Teil sogar nie angehört. Unsere Kollegen versuchen im Rahmen der großen Gemeinschaft ihre Ansichten, ihre Überzeugungen zur Geltung zu bringen und fügen sich den Mehrheitsbeschlüssen. Alle andern aber wählen den bequemeren Weg und drücken sich davon. Wenn sie dann gar noch hergehen und einen neuen Verein gründen, in dem wieder die Mehrheitsbeschlüsse respektiert werden sollen, so legen sie damit den Beweis ab, daß bei ihnen von Logik nichts zu spüren ist. Denn was sie für sich beanspruchen, wollen sie für den Verband nicht gelten lassen. Was würden sie wohl sagen, wenn sich von ihnen nun wieder ein Grüppchen abgesonderte? Darum glaubt kein Mensch an die Devise: gegen die Konvention. Es ist eine Phrase, die die Wahrheit verdecken soll. Zudem hatte unser erster Artikel nicht den Zweck, eine Polemik mit den 1911ern herbeizuführen, sondern er war dazu bestimmt, allen Unorganisierten klaren Weis einzuschlecken über das, was ist. Für alle diejenigen aber, die das früher oder jetzt begriffen haben, gibt es gar nichts anderes, als den Anschluß an den alten Verband. Und dazu ist jetzt die beste Zeit. *gdI.*

Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, Besenbinderhof 52.

Wir suchen zur Assistenz unseres Druckerfaktors zum 1. Oktober d. J. einen tüchtigen

Obermaschinenmeister

der befähigt ist, den Maschinensaal einer großen Buchdruckerei selbständig zu leiten und den Druckerfaktor in jeder Beziehung zu vertreten. Bewerber müssen über umfassende Kenntnisse in Rotations-, Illustrations- und Farbendruck verfügen, die verschiedenen Systeme von Anlegeapparaten kennen und überhaupt alle für einen sehr vielseitigen Betrieb einschlägigen Kenntnisse besitzen.

Wir suchen ferner zur Assistenz unseres Druckerfaktors zum 1. Dezember d. J. einen tüchtigen

Oberdrucker

zur Leitung der Abteilung für Lithographie und Steindruckerei (Schnellpressen und Zinkrotation). Bewerber müssen selbständig kalkulieren und disponieren können und sämtliche Zweige der Branche auf das genaueste kennen.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. zur Assistenz unseres Setzerfaktors einen tüchtigen

stellvertretenden Setzerfaktor

der nicht nur in Akzidenz-, Werk- und Tabellensatz versiert ist, sondern auch die Setzmaschinen (5 Linotypes) genau kennt.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. zur Assistenz unseres Buchbinderfaktors für unsere modern eingerichtete Buchbindererei einen tüchtigen

Papierwarenfaktor

der die einschlägigen Buchbinderarbeiten einer Buch- und Steindruckerei kalkulieren kann, gründliche Praxis besitzt, mit allen Hilfsmaschinen vertraut ist, sowie überhaupt den Buchbinderfaktor in jeder Beziehung vertreten kann.

Mit der Buchbindererei ist ein Teil unserer Papierwarenfabrikation verknüpft; daher erhalten Buchbindermeister, welche auch Maschinen der Papierwarenbranche kennen, den Vorzug.

Wir suchen zum 1. Oktober d. J. für unseren Maschinensaal II — Holzwegsche Beutelmaschinen, Spitzrüttenmaschinen F. & K. und W. & H., Unlonmaschinen W. & H. — (sämtlich mit Druckwerken) einen tüchtigen

Buchbindermeister

der selbständig kalkulieren und disponieren kann und die ganze Papierwarenbranche auf das genaueste kennt.

Die Betriebe der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine werden zum 1. Januar 1914 in das neue Kontor-, Verwaltungs- und Betriebsgebäude der Verlagsgesellschaft, Beim Strohhause 38-40 verlegt. Beschäftigt werden im Gesamtbetriebe 700 — 800 Personen. Die Stellungen der Faktoren und stellvertretenden Faktoren etc. sind Lebensstellungen. Durch die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und einer Hauspensionskasse wird nach 10jähriger Beschäftigung eine Invaliden- bzw. Altersunterstützung von 50% des zuletzt bezogenen Gehaltes, steigend jährlich um 1% bis zu 75% garantiert. Auch wird eine entsprechende Witwen- und Waisenunterstützung (bis zu drei Viertel des Gehaltes des verstorbenen Gatten und Vaters) nach den Grundsätzen der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine gewährt.

Sämtliche Bewerber müssen tüchtige Disponenten sein und es verstehen, ein großes Personal mit Takt und Energie zu leiten. Die Nachweisbefähigung zur Anleitung von Lehrlingen ist Bedingung.

Die Bewerbungen haben zu enthalten: Selbstgeschriebenen Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Referenzen, sowie die Angabe des Gehaltsanspruchs als Anfangsgehalt. Bei zufriedenstellenden Leistungen finden jährlich Zulagen bis zu einem zu vereinbarenden Höchstgehalte statt.

Der Vorstand.

Lichtdruck

Erstklassiger Platten-Präparateur und Kopist gesucht bei 180 Franz Hanfstaengel, München I, Königl. Bayr. Hof-Kunstanstalt.

Tüchtiger Lichtdruck-

Positiv-Retusheur sowie

Negativ-Retusheur

in dauernder Stellung gesucht. 300 Angebote erbeten an Sinsel & Co., G. m. b. H., Otzsch b. Leipzig.

Ein tüchtiger Stecher

welcher auf Messing- und Holzarbeit eingearbeitet ist, wird durch den Nachweis gesucht. C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutsstraße 24.

Verschiedenes

Bester Ätzgrund i. Maschine z. Radieren z. Kopieren C. Hitziger, Berlin-Neukölln, Weisestr. 4.

ADLER-FILM

das weißbleibende Tangierfilm mit Hoch-Relief.

F. Trommer, Leipzig, Bülowstraße 8.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren. Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt freil. Kunstgewerbeschule **Barmen**

„Matt-Lack“

Bester Farbensatz zuzusatz gegen Kleben, Hart-, Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen d. Farbe. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,—.

„Harmalein“

Vorzügl. weißer Trockenstoff in Paste, kein Herunterwischen der Farben mehr. Auch beim Chromo- und Buntdruck verwendbar, da jede Farbe gut abhebt. Kilo Mk. 3,50.

„Bronsol“

Gibt festsitzende glatte Bronze, auch bei losen, ungeeigneten Papieren. Preis Kilo Mk. 4,—. Gegen Nachnahme. Kunden erhalten neuestes Tonschutzrezept gratis. F. Hantke, Hamburg 22, Wohldorferstr. 60. 300

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pt.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50Pt.

Zu beziehen durch: **Conrad Müller, Sckeuöltz.**

Bester lith. Ätzgrund

(Kupferstechergrund, in Näpfen à Mk. 1,—) zum Auftragen mit dem Pinsel. Emil Peterle, Düren I. Rhld., Aachenerstraße 63.

Verbandsnachrichten

Berlin.

Chemigraphen!

Auskunftserteller ist für die Zeit bis 20. Juli, Kollege

Gustav Michels Treptow 6. Berlin, Baumschulenstr. 65

München II.

Chemigraphen!

Die Adresse des Vorsitzenden und Auskunftsertellers ist jetzt:

S. Adlerstein, München,

Renastr. 23 III. Der Arbeitsvermittler, Kollege **Alois Maier, München,**

wohnt jetzt Pilgersheimerstr. 9 III.

Wir bitten, uns zur Erledigung wichtiger Angelegenheiten die Adressen der Kollegen

Markus Heinlein,

Steindruck, und **Adolf Patzke,**

Steindruck, gefl. mitzutellen. Ortsverwaltung Magdeburg.

Wollen Sie Ihr Inserat

pünktlich erscheinen lassen, so senden Sie es direkt an die Expedition.